



# LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,



Unter der Überschrift „Schulfrieden erreichen: Angebot an alle“ verspricht die Koalitionsvereinbarung zwischen Schwarz/Grün „Wir werden damit beginnen, dass wir alle an Schule Beteiligten sowie die Fraktionen der im Landtag zu einem BILDUNGSGIPFEL einladen, um mit ihnen eine Vereinbarung über die Schulentwicklung in Hessen für die nächsten zehn Jahre zu erreichen“.

100 Initiativen und Einrichtungen wurden angeschrieben, 70 Beiträge kamen zurück. Aus den eingereichten Vorschlägen wurden 5 Arbeitsgruppen gebildet, die dem „Bildungsgipfel“ zuarbeiten sollen:

- AG 1 Gestaltung von Schule
- AG 2 Herausforderungen der Bildungsregionen
- AG 3 Gestaltung individueller Unterstützungsangebote
- AG 4 Schule als Vorbereitung

für Arbeits- und Lebenswelt

- AG 5 Lehrerbildung.

Für die Beruflichen Schulen besonders interessant sind die AG 4 und AG 5. AG 4 bezieht ja unmittelbar die Schulformen in den beruflichen Schulen ein, die sich im sog. Übergangssystem befinden: BVJ, BGJ, 2-j. BFS und 1-j. HBFS. Und dort wird mit Sicherheit auch die 2-j. HBFS, die Assistentenberufe, diskutiert, dafür wird schon die Arbeitgeberlobby sorgen. In der AG 5 sollten auch mögliche Weiterqualifizierungen für Fachlehrer/innen für arbeitstechnische Fächer diskutiert werden.

Der Bildungsgipfel soll im Juli 2015 abgeschlossen sein, dazwischen sind jeweils 7 Sitzungen der AG's und 5 Sitzungen des Bildungsgipfels vorgesehen.

Schaun mer mal, was dabei herauskommt, Skepsis ist aufgrund der weit auseinander liegenden Positionen der beteiligten Institutionen in Grundsatzfragen angebracht. In der AG 4 könnten die meisten Konsenslinien gefunden werden.

Es grüßt Euch

Dieter Freidt

## INHALTSVERZEICHNIS

Lesecafe´	3
news	4
Schluss mit dem „Kampf um die Köpfe“	6
VhU und berufliche Bildung	8
Leserbrief : Berufliche - Hochschulbildung	9
Fairshop Stoffwexel	10
Lehrerbildung	11
hprll-intern	12
Förderung der Fachlehrkräfte	13
Fachlehrer/Innen	14
Fragen zum Einsatz	14
Neue Publikationen	16
Ausbildungsreport 2014	17
Stellenbewirtschaftung	18
Lernortkooperation jenseits deutscher Grenzen	20
EU-Jugendgarantie, Bildungsgipfel, Bündnis für Ausbildung	22
BIBB-Tagung Berufsbildung	24
Was verdienen Erzieher/Innen?	25
100.000 Ausbildungsplätze weniger	26
Lehramtsausbildung für berufliche Schulen Gießen	27
Lehrerbildungsphasen abschaffen?	30
Impressum	31
Preisfrage	31
Mahnung an den Unternehmer	32

## „Württembergische Schulordnung“ aus dem Jahre 1559:

„So dann der Schulmeister die Schulkinder mit Nutz lehren will, so soll er sie in drei Häuflein einteilen. Das eine, darinnen diejenigen gesetzt, so erst anfangen zu buchstabieren. Das andere die, so anfangen die Syllaben zusammenschlagen. Das dritte, welche anfangen zu lesen und zu schreiben. Desgleichen soll er in jedem Häuflein besondere Rotten

machen, damit diejenigen, so einander in jedem Häuflein am gleichsten sind, zusammensitzen; dadurch wird dem Schulmeister die Arbeit geringert.“

*(Diese frühe Auffassung, dass sich in homogenen Gruppen bessere Lernergebnisse erzielen lassen, hält sich in Deutschland bis heute. DS)*

# LESECAFÉ -

## Schüler/innen im BVJ betreiben in Hanau ein Lesecafé

Jedes Jahr nach den Sommerferien erwarten Stammkunden schon sehnsüchtig, dass das „Lesecafé“ wieder öffnet. Schnell spricht sich herum, wenn die neue Gruppe von Schüler/innen der Eugen-Kaiser-Schule die Arbeit wieder aufgenommen hat. Dann können sich die Gäste in der Hanauer Stadtbibliothek donnerstags um die Mittagszeit von den Schülerinnen

innen backen und kochen im ernährungswirtschaftlichen Unterricht Kuchen, Torten und schmackhafte pikante Speisen wie Lasagne, Kartoffelgratin, gefüllte Crespelle u.v.a. Die Quiches werden von einer Eibe-Klasse in der Bäckerei zubereitet.

**Erst unsicher, dann motiviert und stolz**



Wie jedes Jahr, wenn ein neuer Jahrgang das Lesecafé übernimmt, sind die Schüler/innen zunächst aufgeregt und unsicher. Der Umgang mit Gästen ist für sie ungewohnt. Am liebsten würden sich die meisten in der Küche verkriechen. Doch sie lernen sehr schnell, wie man freundlich lächelnd Bestel-

köstliche Kuchen, Torten, pikante Quiches, Suppen sowie warme und kalte Getränke servieren lassen. Besonders die Beschäftigten der Umgebung und viele, die zufällig das Lesecafé entdeckt haben, wissen das leckere Essen und den guten Service zu schätzen.

lungen aufnimmt, die Teller und Tassen zum richtigen Gast bringt und korrekt kassiert. Mit den ersten Erfolgen schwindet die Zurückhaltung. Freudig und stolz berichten sie dann, dass die Kunden die Speisen und den freundlichen

Es sind die Schüler/innen des Berufsvorbereitungsjahres, einer Eibe-Klasse und einer Klasse von Hauswirtschaftlerinnen, die das Café betreiben und dafür auch die Speisen zubereiten. Woche für Woche treffen sie sich mit ihren Lehrerinnen Evi Lanzendörfer und Marina Möller in der Hanauer Stadtbibliothek und verwandeln dort das triste Foyer in ein gemütliches Café: Wenn um elf Uhr die ersten Gäste kommen duftet es schon verlockend. Die Schüler/



Service loben und dass sie oft auch ein Trinkgeld bekommen. „Mit dem erwirtschafteten Geld können wir ins Theater nach Frankfurt fahren, was uns sehr gut gefällt“,

so eine Schülerin. Auch gehen wir mal richtig schick essen, dann beobachten wir die Bedienungen, ob sie es besser machen als wir“, sagt eine andere.

Doch nicht das Geldverdienen ist das Hauptziel des Lesecafés, zumal die Preise sehr moderat sind: „Mit dem Projekt wollen wir bei Schüler/innen mit geringem Selbstvertrauen, wenig Durchhaltevermögen und großer Angst vor Misserfolgen das Arbeits- und Sozialverhalten verbessern“, formuliert die Klassenlehrerin Marina Möller den pädagogischen Anspruch. Und das gelingt auch bei den meisten jungen Frauen.

Das Lehrerinnen-Team ist sehr zufrieden: „Die Schülerinnen sind motiviert und zuverlässig. Fast alle freuen sich auf den Donnerstag. Hier erfahren sie Lob und Anerkennung von den Gästen und erleben, dass sie etwas schaffen, das sie sich nicht zugetraut haben“, sagt Fachlehrerin Evi Lanzendörfer. Die Besucher des Lesecafés wissen es zu schätzen, dass hier Schule und Gastronomie eine geglückte Verbindung eingegangen sind.

**Das Hanauer Lesecafe in der Stadtbibliothek ist donnerstags von 11:00 bis 15:00 Uhr geöffnet.**

## **Naturwissenschaften entdecken!**

Naturwissenschaften entdecken!“ entwickelt zusammen mit Lehrkräften, Didaktikern und Naturwissenschaftlern Materialien für die MINT-Fächer. Sie sollen Lehrkräfte dabei unterstützen, oft als trocken und schwierig geltende Themen interessant und lebendig zu vermitteln.

Über 400 hochwertige Unterrichtseinheiten für Mathematik, Biologie, Chemie, Physik, Geographie und Sachkunde bietet ab sofort Lehrer-Online, Deutschlands größtes redaktionell betreutes Service- und Informationsportal für Lehrkräfte in einem eigenständigen Internetportal «Naturwissenschaften entdecken» allen Lehrkräften zur kostenfreien Nutzung an.

Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei einem forschend-entdeckenden Lernprozess mit medialer Unterstützung. Infos unter [www.lehrer-online.de](http://www.lehrer-online.de)

## **Gewerkschaften und Schule**

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter unterstützen im Rahmen der gemeinsamen „Initiative Schule und Arbeitswelt“ ([www.dgb.schule.de](http://www.dgb.schule.de)) Schulen im Themenfeld „Arbeitswelt- und Berufsorientierung“. Sie bieten Schulen den Unterrichtsbesuch

an, organisieren Betriebserkundungen, führen Lehrerfortbildung durch oder bieten über „Boeckler.Schule“ ([www.boeckler.schule.de](http://www.boeckler.schule.de)) auch Materialien für den Unterricht an.

Daneben gibt es ebenfalls seit Jahren die erfolgreichen „Berufschultouren“ der Gewerkschaftsjugend. Im Netzwerk für Demokratie und Courage (<http://www.netzwerkcoutage.de/index.html>) beteiligen sich Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter an den Projekttagen und klären über den grassierenden Rechtsextremismus auf. (<http://jugend.dgb.de/schule>).

## **Neuer Rahmenvertrag zwischen FWU und Microsoft**

Der August 2014 geschlossene Rahmenvertrag („FWU-Vertrag“) zwischen dem FWU Institut für Film und Bild GmbH, Medieninstitut der Länder und der Microsoft Deutschland GmbH bietet wesentliche Vereinfachungen und enormes Einsparungspotenzial bei der Beschaffung neuester Software für Deutschlands Schulen und Bildungseinrichtungen. Im Unterschied zu der seit 2010 gültigen alten Rahmenvereinbarung eröffnet der neue FWU-Vertrag viele Möglichkeiten der Online Nutzung von Software, um für Schulen, Lehrende und Schüler/innen gemeinsam eine moderne und zukunftssichere Lernumgebung zu gestalten.

Näheres [www.microsoft.de/bildung](http://www.microsoft.de/bildung)

## **Lehrer-Online**

Jeden Mittwoch erscheint eine neue Ausgabe mit Informationen zu neuen Unterrichtsmaterialien und Projekten bei Lehrer-Online, Bildungsnachrichten, Material- und Veranstaltungstipps.

<http://www.lehrer-online.de/news-letter.php>

## **Sprachanalyse**

*(Nicht nur für den Deutschunterricht geeignet)*

Die ersten französischen Gefangenen wurden gestern früh unter scharfer Bewachung vom Hauptbahnhof nach dem Truppenübungsplatz gebracht. Das Soldatenmaterial ist, mit dem unseren verglichen, schlecht und minderwertig. Die Leute sahen alle blaß und elend aus, von strammer Haltung keine Spur.

**Darmstädter Echo vom 16. August 1914**

## **Broschüre: DGB-Beschlüsse 2011 bis 2014**

## **Gute Bildung für gute Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe**

In der Broschüre „Gute Bildung für gute Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe“ sind die gewerk-

schaftlichen Antworten auf die bildungspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre zusammengestellt. Die Broschüre bündelt die bildungspolitischen Beschlüsse des DGB aus den Jahren 2011 bis 2014 (Abzurufen bei der Redaktion).

### **Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ 2014/2015**

„Ihr alle seid aufgerufen, Euch zu beteiligen und mit einem Wettbewerbsbeitrag ein kreatives Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und für ein solidarisches Miteinander zu setzen.“ Mit diesen Worten lädt der gewerkschaftliche Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ bereits zum neunten Mal zur Teilnahme am Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ ein.

Aufgerufen sind Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen/-kollegs und alle Jugendlichen, die sich derzeit in einer beruflichen Ausbildung befinden. Wie der Beitrag gestaltet ist, bleibt der

Phantasie der Teilnehmerinnen und Teilnehmer überlassen.

Zu gewinnen gibt es 1000 Euro für den ersten Preis, 500 Euro für den zweiten Preis und 300 Euro für den dritten Preis. Dazu kommen drei, die jeweils mit 500 Euro dotiert sind. Einsendeschluss für die Wettbewerbsbeiträge ist der 16. Januar 2015.

Weitere Informationen zum Wettbewerb unter: [www.gelbehand.de/wettbewerb](http://www.gelbehand.de/wettbewerb)

### **Übernahme – lobenswert!**

Der Pharma- und Chemiekonzern Merck in Darmstadt bietet ab sofort seinen Auszubildenden im Anschluss an die Ausbildung eine unbefristete Stelle an. Voraussetzung dafür ist allerdings eine uneingeschränkte Übernahmeempfehlung durch den Ausbildungsbereich sowie eine nachhaltige Bedarfsprognose für die jeweilige Berufsgruppe. Derzeit bildet Merck rund 500 junge Menschen in 18 Berufen aus.

### **Kapitalkonzentration**

Gerade veröffentlicht: Das Vermögen der 100 reichsten Deutschen ist in den vergangenen 12 Monaten um sage und schreibe 19% auf 400 Milliarden € gestiegen.

Demgegenüber: Die Reallöhne der Arbeitnehmer sind zwischen 2000 und 2013 gesunken. Und: 1% der Bevölkerung haben 1/3 des Gesamtvermögens, 10% haben 1/2.

### **Auswahlbibliographien zu Themen der Berufsbildung**

Das Bundesinstitut für Berufsbildung stellt unter <http://www.bibb.de/de/wlk8002.htm> aktuelle Auswahlbibliographien u.a. zur Inklusion in der Berufsbildung, zu den „Dualen Studiengängen“ oder zur „Akademisierung der Berufswelt“ kostenfrei zum Download zur Verfügung.

*Zusammenstellung und Ausführungen  
Dieter Staudt*

## **Ein echter Hingucker - Und du?**

„Was der Bauer nicht kennt, fress ich nicht“. Sagt die Kuh. Schönes Beispiel von Loyalität gegenüber dem Arbeitgeber, alias Futtergeber. Schließlich ist der Spruch von den Grünen. Ich geb` ja zu: Beim ersten Hingucken hat mir der Spruch gefallen: Wer will schon die Kälbermast-Hormone, das Chlorhähnchen, GEN-Zeug und Glyphosat in der Suppe haben, noch bevor die Diät in der Transatlantic Trade and Investment Partnerschaft zur gemeinsamen Pflicht wird?

Aber ist der Bauer auch so loyal gegenüber seiner Kuh wie umgekehrt? Wenn`s nun der Bauer kennt

und trotzdem seiner Kuh zum Fressen gibt? Riecht eher nach Realität.

Was mir dann aber doch sauer aufstieß, ist die Form dieses Appells: „(...) fress ich nicht. Und du?“ Erstens will ich von wildfremden Leuten nicht geduzt werden. Zweitens fresse ich nicht, ich esse. Und drittens will ich nicht mit einer Kuh verglichen werden – wenn sie auf dem Plakat auch noch so sympathisch und schelmisch rübergrinst.

Doch man muss es ihnen lassen, den Grünen: Sie waren wieder mal Trendsetter. Als ich doch das letzte Mal an unserer Dorfkirche vorbeikam, sah ich ein großes Spruchband über dem Eingangsportal

aufgespannt. Oh, dachte ich, schon wieder ein neuer Papst – oder vielleicht nur eine Priesterweihe? Nein, nichts von all dem. „Jesus lebt – und Du?“ prangte da weit über Kopfhöhe. Weit eher wahrscheinlich bin ich tot, denke ich, da kann ich sowieso nicht mithalten. Oder glaubt der Pfarrer vielleicht, er könne damit die Kirchengänge stoppen? Da wird gewiss kein richtiger Schuh von.

Andere haben ihn. Den „Happy Schuh“ - „Und Du?“ Du musst nicht unhappy sein, wenn der Schuh drückt, Hauptsache dieser ist es. Don` t worry. Der Fetisch grinst, die Kasse hat geklingelt.

*Ernst Hilmer*

Im letzten *i*nsider wurden die „Empfehlungen zur Gestaltung des Verhältnisses von beruflicher und akademischer Bildung“ des Wissenschaftsrates vorgestellt und kommentiert. Zum selben Thema nehmen Elke Hannack vom DGB-Bund und auch der VhU Stellung. Der Leserbrief thematisiert einen wunden Punkt.

## SCHLUSS MIT DEM „KAMPF UM DIE KÖPFE“

### *Hochschule und berufliche Bildung brauchen eine gemeinsame Reformperspektive – und keine Systemkonkurrenz*

**F**akt ist: Die duale Berufsausbildung bleibt attraktiv – auch für hoch qualifizierte Jugendliche. Fast jeder vierte Azubi hat das Abitur oder die Fachhochschulreife in der Tasche. Im Bereich Industrie oder Handel ist es gar jeder dritte Jugendliche: Tendenz steigend. Das duale System leidet nicht unter einem Mangel an gut qualifizierten jungen Menschen. Die mangelnde Integration von Jugendlichen mit schlechten Startchancen ist das Hauptproblem. Nur noch 7 Prozent der Betriebe bilden Hauptschülerinnen und Hauptschüler aus. Rund 257.000 Jugendliche befinden sich in zahllosen Warteschleifen im Übergang von der Schule in die Ausbildung. Wenn sich die Zahl der Ausbildungsplätze im Sinkflug befindet, liegt das nicht am vermeintlichen Akademisierungswahn, sondern an Betrieben, die sich an eine Bestenauslese gewöhnt haben und Hauptschülerinnen und -schülern von vorneherein keine Chance mehr geben.

**F**akt ist aber auch: Gute Facharbeit ist und bleibt das Rückgrat der Innovationskraft unserer Betriebe. Weder ist die duale Berufsausbildung ein Auslaufmodell, noch leidet unsere Gesellschaft unter einem Akademisierungswahn. Die Diskussion um ein neues Verhältnis von beruflicher und akademischer Bildung muss differenzierter geführt werden. Hierbei

sind sechs Thesen zu beachten:

#### **These 1**

**Die Anforderungen an die Beschäftigten steigen. Höhere Qualifikationen sind erforderlich. Dies darf aber nicht mit einem schlichten Ruf nach einer höheren Studienquote verwechselt werden.**

**D**er Einsatz neuer Technologien, der Abbau von betrieblichen Hierarchien und die Verlagerung koordinierender Aufgaben auf die ausführende Ebene stellen höhere Anforderungen an die Beschäftigten. Oft wird der Ruf nach höher qualifizierten Beschäftigten mit der schlichten Forderung nach einer Akademisierung der Arbeitswelt verbunden. Diese Forderung ist ein bildungspolitischer Kurzschluss. In den Betrieben besteht sowohl die Nachfrage nach Hochschulabsolventen als auch nach beruflich qualifizierten Personen, die im Prozess der Arbeit gelernt haben. Auch Meister/-innen, Techniker/-innen oder Fachwirte sind bestens für die Herausforderungen der modernen Arbeitswelt gewappnet. Es darf kein Gegeneinander der Systeme, kein Entweder-Oder geben. Wir müssen die Systeme Berufsbildung und Hochschule besser miteinander verbinden.

#### **These 2**

**Wer das duale System der Berufsausbildung stärken will, sollte nicht larmoyant eine Akademisierung beklagen, sondern das duale System attraktiver gestalten.**

**N**ur wer jungen Menschen eine gute Ausbildung, einen anständigen Lohn und gute Karrierechancen bietet, wird diese auch für eine berufliche Ausbildung gewinnen können. Man kann nicht in Sonntagsreden die Bedeutung der beruflichen Bildung in Deutschland bejubeln, während sich laut den Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) gleichzeitig die Einkommensschere zwischen Akademikern und beruflich Qualifizierten weiter öffnet.

#### **These 3**

**Wir brauchen Perspektiven für junge Menschen im dualen System. Die berufliche Aufstiegsfortbildung muss als gleichwertige Alternative zur Hochschule gestärkt werden.**

**W**er jungen Menschen, die eine duale Ausbildung absolviert haben, bessere Perspektiven im Betrieb ermöglichen will, muss die berufliche Aufstiegsfortbildung stärken. Auch hier besteht Handlungsbedarf. Allein bei den Industrie- und Handelskammern ist die Zahl der erfolgreichen Prüfungen in den vergangenen Jahren um mehr als 10.000 gesunken. Die Betriebe müssen ihr Augenmerk wieder mehr auf diese Form des Bildungsaufstiegs richten.

#### **These 4**

**Statt eines „Kampfes um die Köpfe“ müssen wir gemeinsame Perspektiven von beruflicher und hochschulischer Bildung entwickeln.**

**W**ir müssen die Stärken der beruflichen und der hochschulischen Ausbildung kombinieren. Die strikte Trennung von beruflicher und allgemeiner Bildung ist eine grundlegende Schwäche unseres Bildungssystems. Beiden Bereichen fällt es schwer, sich gleichwertig miteinander zu verbinden. Die Gewerkschaften wollen hierzu ein gemeinsames Leitbild der modernen Beruflichkeit auf der Basis der Durchlässigkeit, Gleichwertigkeit und Anschlussfähigkeit der Bildungssysteme entwickeln.

### **These 5**

**Wir müssen die Gleichwertigkeit und die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung sichern. Vor allem müssen mehr Menschen ohne Abitur auch ein Studium beginnen und abschließen können.**

**E**ine vorsichtige Öffnung des Hochschulzugangs für Menschen mit Berufserfahrung versuchte die Kultusministerkonferenz im März 2009 in Stralsund. Dort haben die Bildungsminister den formalen Zugang zumindest etwas gelockert. So steht Meistern nun nach der Gesetzeslage jedes Studium offen. Jenseits des Meisters stoßen Menschen ohne Abitur jedoch immer noch auf ein föderales Flickwerk unterschiedlichster Zugangshürden – von mehrjähriger Berufserfahrung bis zur Aufnahmeprüfung. Die Quote der Studierenden ohne Abi liegt weiterhin bei nur knapp über zwei Prozent. Wer es ernst meint mit der Durchlässigkeit im Bildungswesen muss deshalb die Hochschulen weiter öffnen und die Zugangshürden

Wir brauchen an deutschen Hochschulen einen Kulturwandel. Sie müssen endlich lernen, mit Vielfalt produktiv umzugehen. Ein Blick auf andere europäische Staaten zeigt, dass die deutschen Studienformate zu unflexibel sind. Das Modell des ganztägigen Präsenzstudiums ist für Personen, die bereits im Berufsleben stehen, nicht attraktiv. Vor allem der Ausbau von berufsbegleitenden Studiengängen ist überfällig. Dafür müssen verschiedene Lernarrangements bereit stehen, wie zum Beispiel E-Learning, Präsenzveranstaltungen sowie Seminare an Wochenenden und in den Abendstunden.

Es gibt Hoffnung: Im reformierten Hochschulpakt soll auch der Zugang für beruflich qualifizierte an Hochschulen verankert werden, heißt es im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung.

### **These 6**

**Wir müssen das duale Studium als hybride Form zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung gestalten.**

**D**as duale Studium ist ein spannendes Modell, das Elemente beruflicher und akademischer Bildung verknüpft. Bei den dualen Studiengängen muss aber darauf geachtet werden, dass sie nicht zu sehr auf den einzelnen Betrieb zugeschnitten sind. Dazu ist auch eine bessere Abstimmung zwischen den Lernorten, der Hochschule und dem Betrieb – und bei ausbildungsintegrierten dualen Studiengängen auch der Berufsschule – nötig. Und auch die Gewerkschaften können und wollen duale Studiengänge gestalten. Und das

die die Ausbildungsvergütungen, betriebliche Arbeitszeiten und auch die Qualität der betrieblichen Ausbildung sichern.

### **Fazit**

**A**ll diese Punkte zeigen, dass wir von einer tatsächlichen Annäherung zwischen hochschulischem und beruflichem System, geschweige denn ihrer Gleichwertigkeit, noch weit entfernt sind. Auch die Durchlässigkeit zwischen den Systemen ist äußerst fraglich. Die konkreten Herausforderungen sind vielfältig: Wir brauchen endlich eine Finanzarchitektur lebenslangen Lernens, die verschiedene Elemente wie das BAföG, das Meister-BAföG oder das Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen zusammenfasst.

Wir brauchen Hochschulen, die Weiterbildung als strategisches Handlungsfeld begreifen. Das lebensbegleitende Lernen ist eine Aufgabe für die Hochschulen. Sie sind es, die den Bezug zu Wissenschaft und Forschung schaffen und unabhängig von kommerziellen Interessen die Inhalte der Weiterbildung gestalten können. Öffentliche Hochschulen können so die Chancengleichheit beim Zugang zur Weiterbildung sichern.

Wir brauchen Hochschulen, die mit Vielfalt produktiv umgehen können. Aus der homogenen akademischen Gemeinschaft muss eine echte Patchwork-Familie werden, die offen für unterschiedlichste Biographien ist.

*DGB-Gegenblende 4. Mai 2014*

Arbeit ist schwer, ist oft genug ein freudloses und mühseliges Stochern;  
aber nicht arbeiten - das ist die Hölle.

*(Thomas Mann)*

# VhU ZUR ZUKUNFT BERUFLICHER BILDUNG IN ZEITEN DER AKADEMISIERUNGSWELLE



## **Bildungssystem verschärft Fachkräftemangel. VhU fordert: Hochschulen für Facharbeiter öffnen!**

Während früher der weit überwiegende Teil der erwerbstätigen Bevölkerung praxisorientiert dual ausgebildet wurde, geht nun bereits die Hälfte eines Jahrgangs in eine theorieorientierte akademische Ausbildung. Die hessische Wirtschaft fordert deshalb, das seit Jahrzehnten unveränderte Bildungssystem an aktuelle Anforderungen anzupassen. Unser Bildungssystem verschärft aktuell den Fachkräftemangel. Solange theoretische Hochschulbildung und praxisunterlegte duale Berufsausbildung mit wenig Durchlässigkeit nebeneinander existieren und sogar verschärft miteinander konkurrieren, verspielen wir den vorbildlichen Erfolg der deutschen dualen Ausbildung. Wir produzieren außerdem in erheblichem Maße Studienabbrecher. Deshalb befürwortet die VhU die Zusammenführung der Bildungssysteme in ein gemeinsames System, das Zugangsbeschränkungen aufhebt sowie theoretisches und praktisches Lernen vereint. Die hessischen Ministerien Bildung, Wissenschaft, Soziales und Wirtschaft, aber auch die Hochschulen und Schulen hätten es an vielen Stellen selbst in der Hand, diese Richtung einzuschlagen. Die VhU habe dazu ein 5-Punkte-Programm entwickelt.

### **5-Punkte-Programm „Attraktiver Studienzugang für Facharbeiter“**

- Öffnung der Hochschulen für Facharbeiter ohne Hochschulzugangsprüfung und ohne Nachweis von Berufspraxis.

Das kann das Wissenschaftsministerium selbst entscheiden.

- Und dazu braucht es ein „Berufsabitur“, also ein ca. 6-monatiges Zusatzangebot für Azubis an beruflichen Schulen, das die Studierfähigkeit nachweist: je nach Ausbildungsberuf unterschiedlich umfangreich, allgemeine Hochschulreife oder Fachhochschulreife bietend, ausbildungsintegriert oder konsekutiv zu absolvieren. Hier kann das Kultusministerium selbst neue Maßstäbe setzen.
- Für berufliche Praktiker müssen die Studiengänge neu ausgerichtet und akademische Ausbildungsgänge mit der beruflichen Aufstiegsfortbildung besser verzahnt werden. Dies können die Hochschulen autonom entscheiden.
- Die Hochschulen müssen sowohl berufs begleitende Module auf akademischem Niveau und Bachelor- und Masterabschlüsse für betriebliche Praktiker anbieten. Erste Ansätze gibt es in den Hochschulen. Das Wissenschaftsministerium kann die Entwicklung durch Zielvereinbarungen forcieren.
- Berufliche Schulen müssen sich wieder auf ihre Kernaufgabe, die duale Berufsausbildung, konzentrieren und ihre Bildungsgänge, die in Konkurrenz zum dualen Ausbildungssystem stehen, konsequent zurückfahren. Dazu muss das Kultusministerium seine Richtlinienkompetenz wahrnehmen.

Das Anliegen der VhU und der hessischen Wirtschaft ist es, den Weg über die duale Berufsausbildung auch für die Jugendlichen attraktiv zu machen, die sich die Option zum Studium offenhalten wollen. Wir haben nicht das Ziel, die Studierquote wieder zu senken. Abitur und berufliche Ausbildung sind gleichwertige Bildungsgänge. Sie sollten daher auch die gleichen Bildungsoptionen eröffnen. Umgekehrt müsse die akademische Ausbildung neben der Theorie auch viel mehr beruflich-handlungsorientierte Qualifikationen vermitteln. Denn diese Verbindung werde auf allen Ebenen gebraucht. Die Akademisierungswelle berge das Risiko, dass über 50 Prozent eines Jahrgangs an der Hochschule theorieorientierte Qualifikationen erwürben, die in dieser Ausprägung vom Arbeitsmarkt nicht nachgefragt würden.

**PM 09.07.2014**

### Hintergrund:

*In Hessen sind neben dem Facharbeiterabschluss zwei Jahre einschlägige Berufspraxis und eine Hochschuleingangsprüfung erforderlich. Dementsprechend gering (unter 3 Prozent der Studienanfänger) sind die Übergänge aus der dualen Berufsausbildung in ein Studium.*

*38.500 Schüler gingen in Hessen 2012/13 in eine duale Berufsausbildung. 42.000 schlugen einen Weg ein, der über Gymnasium, berufliches Gymnasium, Fachoberschule direkt zur Hochschulzugangsberechtigung führt.*

**VhU = Vereinigung der hessischen Unternehmensverbände**

Leserbrief zum

# „VERHÄLTNIS VON BERUFLICHER UND HOCHSCHULISCHER BILDUNG“

Wenn von „Zusammenführung der Bildungssysteme in ein gemeinsames System“ (VhU), ferner „vom Umbau des Bildungssystems“ (WR) u.v.m. unter dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel derzeit auf allen Kanälen die Rede ist, so klingen diese Topzeilen erst einmal revolutionär und bahnbrechend. Von den Protagonisten dieser Vorschläge wird so getan, als kämen damit neue Ideen zur Lösung des bestehenden Fachkräfteproblems auf den Markt, alles „in Zeiten der Akademisierungswelle“ (VhU). Bei genauerem Hinsehen entpuppen sich diese Vorschläge allerdings als Mogelpackung, da sie keine prinzipiellen Änderungen in Aussicht stellen. Als erste Bewertung bleibt: man bemüht sich! Mehr auch nicht! Die Gewerkschaften, allen voran die GEW, hier besonders die Fachgruppe Berufliche Schulen, haben schon lange Vorschläge für das meiner Meinung nach hausgemachte Problem unterbreitet. Auch die IG Metall und der DGB (Hannack) sehen Nachbesserungsbedarf.

bzw. fehlt bei allen gut gemeinten Vorschlägen. Wenn man die Attraktivität beruflicher Bildung mit Anschlussmöglichkeiten jahrelang auf Sparflamme hält, besonders beim Übergang von beruflicher Bildung zur Hochschule, dann braucht man sich nicht wundern, dass die Betroffenen gleich zur Hochschule gehen. Solange wir Deutsche uns leisten können, z. B. Absolventen von Fachschulen für Technik unter Anrechnung von Studienleistungen der beruflichen Weiterbildung zum „Staatlich geprüften Techniker“ in einem verkürzten Studium an der Universität in Wrexham (Wales) zum Bachelor Engineering innerhalb eines Jahres weiter zu qualifizieren und deutsche Hochschulprofessoren eine solche Möglichkeit als „Dünn-guss“ verunglimpfen, dann wird die ganze Hilflosigkeit deutscher Bildungspolitik deutlich; zumal die „Abnehmer“ (die deutschen Unternehmen) mit diesen Menschen in ihrer neuen Beruflichkeit als Bachelor sehr zufrieden sind. Gelernt habe ich einmal, was Qualität ist:

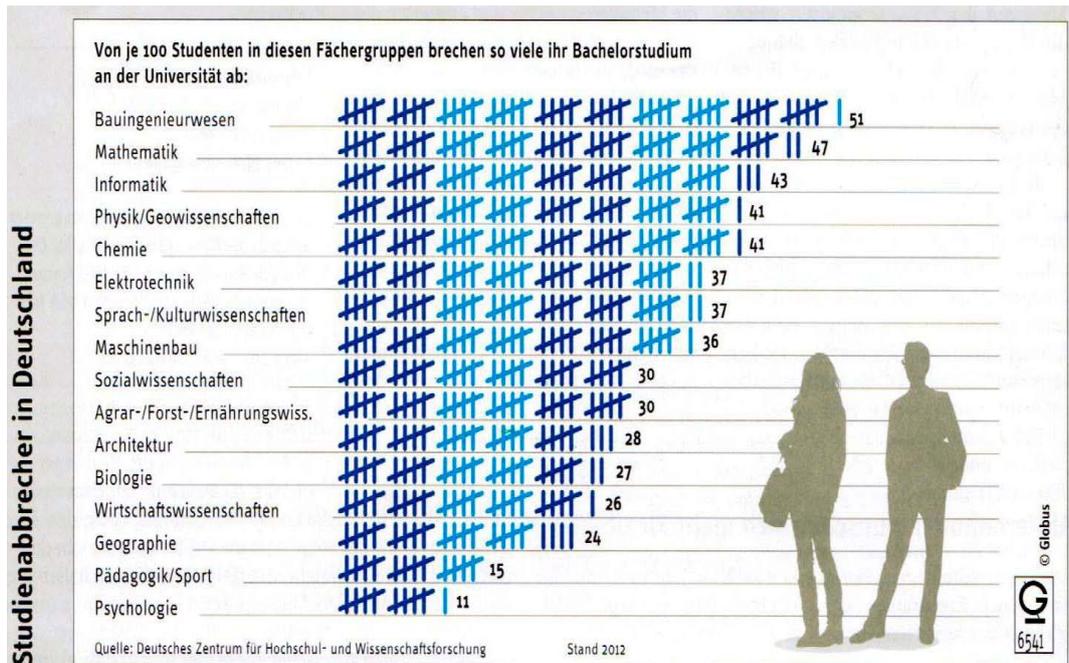
sehr vereinfacht bestimmt immer der Abnehmer die Qualität! Und diese Qualität bestimmen in erster Linie die Unternehmen und nicht die Hochschulprofessoren. Modelle zur Anrechnung gab es genug (ANKOM vom BMBF), an einem solchen Projekt habe ich leider ohne weitere Konsequenz für die Umsetzung teilgenommen. Auch hier sind wir wieder Weltmeister im Entwickeln, umgesetzt wird es dann im Ausland.

Wirklich verändernd wäre, wenn sowohl das BMBF im Bund, aber letztlich entscheidend wegen der Länderhoheit, die Wissenschaftsministerien in den Ländern Modelle wie in Wrexham auch in Deutschland zulassen und anerkennen.

Kontaktaufnahme zu den Inhalten unter [w.hill@gmx.de](mailto:w.hill@gmx.de); Mitglied der Landesfachgruppe Berufliche Schulen Hessen und Sprecher des Bundesarbeitskreises Fachschule für Technik unter [www.bakfst.de](http://www.bakfst.de)

Wolfgang Hill

Aber alle Vorschläge gehen an dem Hauptproblem vorbei, dass es nicht nur ein Problem von Transparenz und Durchlässigkeit in Deutschland gibt, sondern die mangelhafte bis fehlende **Anrechnung von Leistungen aus der beruflichen Bildung auf Hochschulstudiengänge** wird komplett ausgeblendet



# FAIRSHOP STOFFWE XEL: BERUFSFACHSCHÜLER FÜHREN IN GELNHAUSEN IHREN EIGENEN LADEN

Viele Leute lieben es shoppen zu gehen – aber es ist ihnen nicht bewusst, unter welchen Bedingungen die Kleidung hergestellt wird. Momentan wird in den Medien viel über Kinderarbeit und die Produktion von Kleidung in Billiglohnländern diskutiert. Bekannte Stars wie z. B. Verona Pooth, Beyoncé und David Beckham werben für diese Läden und wissen dabei scheinbar nicht einmal, was sie damit eigentlich anrichten. „Es wäre gut, wenn die Menschen wüssten, wie hart die Näherinnen für die Kleidung arbeiten müssen und wie wenig Geld sie dafür verdienen“, sagt Alicia, eine Schülerin der kaufmännischen Berufsfachschule Gelnhausen. Vor kurzem haben Näherinnen aus Bangladesh Hilferufe in T-Shirts von Primark genäht, damit die Mitmenschen, die die Kleidung kaufen, informiert werden, unter welchen Umständen die Kleidung hergestellt wird. „Die Näherinnen arbeiten teilweise unter so schlimmen Bedingungen, dass einige sogar mit ihrem Leben bezahlen – und das nur, damit wir oftmals billige Klamotten haben“, meint ihre Mitschülerin Anna.

Wenn man einen Blick auf die Etiketten unserer Kleidung wirft sieht man, dass von unseren T-Shirts, Hosen, Röcken und Blusen ein Großteil in Billiglohnländern hergestellt wird. Die Kleidung wird spottbillig produziert und nur die Markenfirmen oder namhaften Handelsbetriebe verdienen daran gut. „Die Arbeiter in verschiedenen Ländern verdienen nicht einmal so viel, dass sie mit ihrem Verdienst überleben



können“ sagt die Berufsfachschülerin Zahraa. Mit 17 bis 25 € Lohn im Monat müssen diese Menschen teilweise sogar in der Fabrik auf engstem und verdrecktem Raum leben. Für Schülerinnen und Schüler in Deutschland ist es kaum vorstellbar, mit so wenig



Lohn auszukommen, geschweige denn einen ganzen Monat lang davon zu leben. „Wir reden sogar oft von Kindern, die in der Schule oder auf dem Spielplatz sein sollten und nicht auf einer Arbeitsstelle“, meint Zahraa.

Es gibt aber auch Institutionen, die sich gegen solche menschenunwürdige Arbeitsbedingungen und Kinderarbeit einsetzen, die mit ökologisch und fair produzierter Kleidung handeln: Ein solcher Laden ist der „fairshop StoffweXel“. Er wird als Schülerfirma seit 2009 von Schülerinnen und Schülern der kaufmännischen Berufsfachschule in Gelnhausen geführt. Jeden Schultag zwischen 11:00 und 13:30 Uhr stehen die Lernenden in ihrem schicken Laden direkt neben dem Schulhaupteingang in der Graslitzer Straße 2 - 8. Angeboten werden aber nicht nur bio und fair gehandelte Textilien sondern auch Snacks, Kaffee, Tee und verschiedene Accessoires.

Hinter dem Betrieb des Ladens steckt die Idee, den Wirtschaftslehre-Unterricht stärker an praktischen Erfahrungen der Lernenden auszurichten. Pädagogisch verbinden die Fachpraxis- und Fachtheorielehrkräfte noch weitere Hoffnungen mit diesem Projekt: Mit einer realitäts- und handlungsbezogenen Ausbildung glauben sie, die Ausbildungs- und Beschäftigungschancen der Schülerinnen und Schüler der Berufsfachschule erhöhen zu können. Die Übernahme von Verantwortung soll die Persönlichkeit der Lernenden stärken und ihnen Wertschätzung entgegenbringen. Daneben hoffen die Lehrkräfte, die Markenfixiertheit junger Menschen etwas in Richtung eines „mündigen Konsumenten“ sowie des nachhaltigen Konsums bewegen zu können.

Die Schulklassen der Berufsfachschule werden in den Grundlagen des fairen Handels mit Textilien, Kaffee, Tee und Kakao geschult. Und natürlich wie man Kunden bedient, Reklamationen bearbeitet oder einen Umtausch organisiert. Darüber hinaus schließen die Schülerinnen und Schüler einen Gesellschaftsvertrag über eine Schülerfirma mit dem Namen „StoffweXel“ ab und legen dort Rechtsform, ihre Aufgaben, die Überschussverteilung sowie die Haftungsgrenzen fest. Selbst über ein eigenes Geschäftskonto bei der Kreissparkasse Gelnhausen verfügen die Lernenden, auf dem sie auch ihre persönliche Kapitalbeteiligung (10,- €) eingezahlt haben. Und der Buchführungsunterricht beschäftigt sich ausschließlich mit der Erfassung aller StoffweXel-Aktivitäten.

Die Dienstzeiten werden in Gruppen mit drei Lernenden für ein halbes Jahr geleistet. Die Schülerinnen und Schüler gestalten Werbeplakate, Flyer, Verkaufstüten und Belege für die kaufmännische Abwicklung. Hinzu kommt die Erstellung von Steckbriefen für die angebotenen Produkte und die Organisation besonderer Aktivitäten, z. B. am Tag der Nachhaltigkeit oder an Weihnachten (Aktion „Weihnachtspäckchen für Kinder in Not“). Natürlich hat „StoffweXel“ auch schon mal eine Modenschau mit großem Erfolg durchgeführt, bei der dann die Lernenden kurzzeitig die Schulbank mit dem Lauf-



steg tauschten. Der „fairshop StoffweXel“ ist bereits drei Mal von der UNESCO für seine nachhaltige Bildungsarbeit ausgezeichnet. Weitere Ideen der Sortimentserweiterung liegen in der Schublade, werden aber an dieser Stelle noch nicht verraten. Und natürlich hat der Laden auch eine eigene Homepage: <http://stoffwexel.wordpress.com>.

*Dieser Beitrag ist von Schülerinnen und Schülern der kaufmännischen Berufsfachschule gemeinsam mit ihren Lehrkräften Andrea Tacke und Robert Elbe verfasst.*

## Lehrerbildung

*„Wichtig ist mir auch die Unterrichtsqualität. Ich will wirklich den guten Unterricht in den Vordergrund stellen. Ich halte diese Debatte für wichtiger als alles, was wir zu Strukturen und Formen miteinander diskutieren, und dann sind wir eben auch bei dem Punkt der Lehrerbildung. Das ist sozusagen das ganz dicke Brett, das ich aber zumindest anbohren möchte.“*

**Kultusminister Lorz in einem Interview im IHK-Report 10-2014**

**Kommentar:** Es wäre interessant und aufschlussreich, was KM Lorz mit dem ganz dicken Brett im Kopf hat. Meint er damit die Malaise, dass nach der Zerschlagung von HILF und HeLP die Lehrerfortbildung nur noch dahindümpelt und keine umfassenden Angebote mehr bereithält? Oder meint er das Ärgernis, dass die Studienseminare durch eine Reform nach der anderen getrieben wurden und ihre Rahmenbedingungen ständig verschlechtert wurden?

Oder meint er die Lehrerausbildung an den Hochschulen?

Und warum ist die Lehrerbildung für ihn ein dickes Brett? Hat das Kultusministerium nicht selbst das Heft des Handelns in der Hand und hat es nicht in der Vergangenheit die Misere selbst verursacht? Also ist das dicke Brett doch dem HKM selbst geschuldet, oder nicht?

**Schließlich:**

In dem gerade anlaufenden „Bildungsgipfel“ war das Thema Lehrerbildung überhaupt nicht vorgesehen. Erst durch massive Intervention der GEW Hessen wurde eine 5. AG Lehrerbildung eingerichtet.

**Fragen über Fragen. Mal sehen, was da kommt.**

**Dieter Staudt**

Das Ministerium beschäftigt sich mit sich selbst bzw. der Neuordnung der Bildungsverwaltung. Alles Bildungspolitische wird zum „Bildungsgipfel“ hin vertagt. Zu Honorarverträgen teilte die Dienststelle dem HPRLL mit, dass das Ministerium die Meinung des HPRLL teile, dass Honorarverträge mit Schülerinnen und Schülern nicht rechtens seien und in einem überarbeiteten Erlass dies den Schulen mitgeteilt werde.

Im beruflichen Bereich stand die Zukunft der ESF-Förderung (SchuB, EIBE), Lehrkräftenachwuchs und die Zusammenlegung der Technikakademie Weilburg mit der Glasfachschule Hadamar auf der Tagesordnung. Eine Nachfrage beim zuständigen Referenten ergab, dass zum Modellversuch gestufte Berufsfachschule noch keine ersten Evaluationsergebnisse vorliegen und dass der Versuch nur für die drei Schulen geplant sei. Eine Ausweitung auf weitere Schulen sei zunächst nicht vorgesehen.

## Sozialpädagogische Unterstützung

Im Amtsblatt 8/2014 ist der Erlass veröffentlicht, der es allen Schulen ermöglicht, sozialpädagogische Fachkräfte unbefristet einzustellen. Hiermit kommen neue Aufgaben auf die Schulpersonalräte zu. Die Stellen müssen, wie Lehrerstellen auch, ausgeschrieben werden. Beim Einsatz der sozialpädagogischen Fachkräfte müssen die Schulpersonalräte darauf

achten, dass die im Erlass festgelegten Regelungen zum Arbeitsinsatz und zur Arbeitszeit, die sich grundlegend von denen der Pflichtstundenverordnung unterscheiden, eingehalten werden. Die GEW wird hierzu in absehbarer Zukunft eine Broschüre auflegen.

## ESF, EIBE, PUSCH

Die neue ESF-Förderung hat einen Namen: PUSCH. Gegenüber dem Bericht im letzten Insider lag bis zu den Herbstferien nichts Neues vor. Das HKM sagte lediglich, dass es keine Änderungen gebe, dass aber noch die Genehmigung aus Brüssel fehle. Es soll also weiterhin nur noch 84 Klassen landesweit geben, die gefördert werden, bisher werden 187 Klassen gefördert.

## Lehrkräftenachwuchs

Die geplante Sondermaßnahme für FH-Ingenieure wird zunächst vertagt. Das Ministerium plant eine Lehrerbildungsgesetzänderung, um FH-Absolventen zum vollwertigen Lehramt Berufliche Schulen bringen zu können. Diese sei aber erst nach dem Bildungsgipfel vorgesehen.

## Zusammenlegung staatlicher Fachschulen

Das Ministerium plant die Technikakademie Weilburg und die Glasfachschule Hadamar zusammenzulegen. Die Personalversammlung der Technikakademie hat sich einstimmig gegen eine Zusammenlegung ausgesprochen. In der ersten Erörterung im HPRLL konnte die Dienststelle keine inhaltlichen Gründe für die Zusammenlegung nennen. Es geht dem HKM anscheinend ausschließlich darum, Schulleiterstel-

len und Verwaltungsstellen einzusparen. Hier kann nur gehofft werden, dass durch Proteste vor Ort die Entscheidung des Ministeriums wieder zurückgenommen wird.

## Bildungsverwaltung

Kurz vor den Herbstferien wurde die Gesetzesvorlage zur Abschaffung des Landesschulamts in den Landtag eingebracht. Darüber hinaus gibt es Planungen, Zuständigkeiten in Kooperationsverbänden zusammenzuführen. Diskutiert wird, die schulfachliche Zuständigkeit für die beruflichen Schulen für mehrere Schulämter zusammenzuführen. Zudem soll die Schulinspektion in der jetzigen Form abgeschafft werden. In den Studienseminaren sollen 30 Stellen eingespart werden.

Die Überlegungen zur Neugestaltung der Bildungsverwaltung und der Lehrer\_innenbildung sind überwiegend von Stellenstreichungsvorgaben geleitet. Am stärksten betroffen ist der Bereich der Beruflichen Schulen. Zuerst wurden die Referentenstellen im Ministerium gekürzt und mit ihnen die Sachbearbeiter- und Abordnungsstellen, dann die Abteilung abgeschafft, staatliche Fachschulen sollen zusammengelegt werden und die Schulfachlichen in den Schulämtern sollen auf hessenweit vier reduziert werden. Dem gilt es Widerstand entgegenzusetzen. Dies macht jedoch nur Sinn, wenn die Betroffenen, die Referenten im Ministerium, die Schulfachlichen in den Schulämtern und die Ausbilder\_innen in den Studienseminaren sich zu Wort melden. Dem HPRLL liegen bis jetzt keine entsprechenden Protestschreiben vor.

Ralf Becker

An die

Fraktionen im Hessischen Landtag

Frankfurt, den 2. Oktober 2014

**Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend  
Förderung der Fachlehrkräfte für arbeitstechnische Fächer  
(Landtag-DS 19/705)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

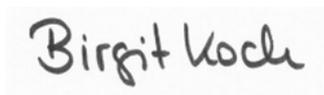
mit Freude und Hoffnung ist die oben genannte Drucksache bei den Fachlehrer\_innen für arbeitstechnische Fächer (at-FL) in den Berufsbildenden Schulen angekommen. Eine schon seit Jahrzehnten von der GEW Hessen immer wieder vorgetragene Forderung nach einer Aufstiegsmöglichkeit für at-FL soll jetzt mit einer breiten Unterstützung im Landtag umgesetzt werden.

Während in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes ein Bewährungsaufstieg möglich ist, war dies im Lehrer\_innenbereich bisher kaum oder gar nicht vorgesehen. Dass diese Möglichkeit jetzt eröffnet werden soll, wird von der GEW Hessen ausdrücklich begrüßt.

At-FL sind an Berufsbildenden Schulen hauptsächlich in den Bildungsgängen des Übergangsbereichs eingesetzt. Da die Landesregierung - aber auch alle anderen Fraktionen - beabsichtigt, diesen Bereich zu reduzieren, verringern sich in Zukunft gleichermaßen die dort vorhandenen Einsatzmöglichkeiten für at-FL. Die GEW Hessen fordert für diese Beschäftigtengruppe an Berufsbildenden Schulen erweiterte Einsatzmöglichkeiten zu schaffen, die gleichzeitig mit einer Höherqualifizierung verbunden sind. Von daher unterstützt die GEW Hessen die Initiative der Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN.

Die GEW Hessen hat das Thema „Förderung der Fachlehrkräfte für arbeitstechnische Fächer“ in einer Vielzahl von Veranstaltungen mit den betroffenen Kolleginnen und den Schulen diskutiert und hierzu Forderungen an eine Weiterqualifizierung formuliert (siehe Anlage). Die von der GEW Hessen formulierten Forderungen eignen sich besonders, den Antrag der Landtagsfraktionen umzusetzen, da sie mit den Schulen und den betroffenen Kolleg\_innen diskutiert sind und somit auch beste Wirkung zeigen können.

Wir bitten Sie daher, die in der Anlage formulierten Forderungen und Eckpunkte für eine Weiterqualifizierungsmaßnahme bei der Umsetzung des Antrags DS 19/705 weitgehend zu berücksichtigen.



Birgit Koch  
Stv. Landesvorsitzende



Ralf Becker  
Vorsitz Fachgruppe Berufliche Schule

Der Antrag 19/705 war im *insider* 2/2014 dokumentiert.

Neben den langjährigen Aktivitäten der GEW zur Eröffnung von Weiterqualifizierungsmaßnahmen, womit FL a.t.F. zum Lehramt gelangen können (s.a. in diesem *insider*), gibt es immer wieder aus den Schulen konkrete Fragen zur derzeitigen Praxis. Zwei davon sollen hier behandelt werden.

## FACHLEHRER/INNEN – FRAGEN ZUM EINSATZ

Des öfteren werden an uns aus dem Kreis der Fachlehrer/innen für arbeitstechnische Fächer (FL a.t.F.) zwei, die Kolleg/innen offensichtlich umhertreibenden Fragen gestellt:

1. Können FL a.t.F. zur Klassenführung verpflichtet werden?
2. Wo ist der unterrichtliche Einsatz von FL a.t.F. vor dem Hintergrund von Lernfeldern geregelt, die eben nicht mehr in Theorie- und Fachpraxisunterricht unterscheiden?

### Zu 1. Klassenführung

Hier gilt lediglich die Hess. Dienstordnung (§ 9: Lehrkräfte sind verpflichtet, das Amt einer Klassenlehrerin oder eines Klassenlehrers zu übernehmen) und die unterscheidet hinsichtlich der Pflicht zur Klassenführung leider nicht. Die herrschende Rechtsmeinung ist deshalb, dass auch FL a.t.F. Klassenführungen übernehmen müssen

### Zu 2. Unterrichtseinsatz

Hierzu gibt es meines Wissens zur Beschreibung des Unterrichtseinsatzes lediglich das Informationsblatt des HKM zum Vorbereitungsdienst (Auszug s. Kasten). Ansonsten wird in Diskussionen immer darauf verwiesen, dass bei einem geforderten Lernfeldunterricht eben nicht mehr klassisch und streng in Theorie- und Fachpraxisunterricht unterschieden werden kann.

(Anmerkung: die ehemals bestehende Verordnung zum arbeitstechnischen Unterricht ist seit Jahrzehnten ausgelaufen und nicht mehr erneuert worden???).

**Sind diese Informationen Grund zur Resignation? Ich meine nicht, im Gegenteil! Wie heißt es denn so schön? Wer sich nicht wehrt, der hat schon verloren!**

Also: Es gibt zwei Wege, um in beiden Punkten aktiv zu werden und was zu verändern und zu gestalten, innerschulisch und nach außen.

### INNERSCHULISCH

Beide Problembereiche können nach § 133 Hess. Schulgesetz in Gesamtkonferenzen (GKF) durch entsprechende Beschlüsse in eigener Zuständigkeit gestaltet werden. Wer hindert z.B. daran, dass eine GKF den FL a.t.F. für Klassenführung aus dem Schuldeputat eine

Anrechnungsstunde einräumt?

Wer hindert daran, dass eine GKF durch „Grundsätze der Unterrichtsarbeit“ die Frage des Unterrichtseinsatzes von FL a.t.F. positiv für diese gestaltet und regelt?

Im Übrigen gibt es neben dem Mittel von GKF-Beschlüssen auch noch den Personalrat, der nach dem Hess. Personalvertretungsgesetz mit dem Mittel von Dienstvereinbarungen mit der Schulleitung hierzu Regelungen vereinbaren kann, z.B. dergestalt, dass FL a.t.F. eine Klassenführung gegen ihren Willen nicht übertragen wird?

Also: Gestaltungsmöglichkeiten sind auf der Schulebene vorhanden, sie müssen jedoch aktiv genutzt werden.

**PRÜFAUFTRAG:** Haben wir an unserer Schule die genannten Instrumentarien extensiv genutzt?



## NACH AUSSEN

Gesamtkonferenz, Personalrat, Schulgruppen, Einzelpersonen etc. haben die Möglichkeit, ihre Forderungen und Beschwerden an das Kultusministerium (HKM) und die Landtagsfraktionen heranzutragen, Personalrat ohne, die anderen Genannten auf dem Dienstweg. Auch die Presse könnte bei eklatanten Problemen eingeschaltet werden.

**PRÜFAUFTRAG:** Haben wir an unserer Schule von diesem Mittel bisher Gebrauch gemacht? Haben wir z.B. dem HKM und der Politik hinreichend begründet, dass eine Stunde mehr Unterrichtsverpflichtung für FL a.t.F. angesichts der bestehenden Situation der Arbeit von FL a.t.F. längst überholt ist und gefälligst die Pflichtstundenverordnung geändert werden müsste?

Haben wir begründet nachgewiesen, dass sich die Arbeit von Studienrät/innen und FL a.t.F. in vielen Bereichen weder unterrichtlich noch außerunterrichtlich unterscheidet und dennoch 2-3 Stufen der Besoldung dazwischen liegen und darüber hinaus FL a.t.F. von dem Bereich von Funktionsstellen ausgeschlossen sind (A-12-Koordinationsstellen sind keine Funktionsstellen in diesem Sinne)?

### FAZIT:

Zur Resignation gibt es keinen Anlass. Innerschulisch kann – wie aufgezeigt – einiges bewegt und gestaltet werden, an der einen Schule leichter, an der anderen Schule etwas schwieriger.

Nach außen kommt die in vielen Feldern herrschende Ungleichbe-

handlung von FL a.t.F. noch viel zu wenig an, auch wenn sich in den letzten Jahren durchaus einiges getan hat, wozu wir auch als GEW aktiv beigetragen haben.

Im Übrigen sind die erforderlichen Diskussionen in Gesamtkonferenzen und mit den Personalräten Gelegenheiten, solche Probleme auch mal wieder pädagogisch zu diskutieren.

Ich wünsche Euch hierzu viel Erfolg, schön wäre es, wenn Ihr uns von Erfolgen oder auch Misserfolgen berichtet.

*Dieter Staudt*

## HKM- I n f o r m a t i o n s b l a t t

### für Interessenten an der Ausbildung zur Fachlehrerin / zum Fachlehrer für arbeits-

### technische Fächer

Stand: Mai 2014

Die beruflichen Schulen sind sehr komplex und vielschichtig. Sie vereinen unter ihrem Dach eine Vielzahl von schulischen Angeboten, in denen Allgemeinbildung mit Berufsbildung verknüpft wird. Je nach Begabung und Interessenlage werden junge Menschen in dualen und vollschulischen Bildungsgängen wie Berufsschule, Berufsvorbereitung, Berufsfachschulen, Fachschulen, Fachoberschulen und beruflichen Gymnasien in verschiedenen Fachrichtungen ausgebildet und qualifiziert. Für diese Aufgaben werden gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer benötigt.

Der Unterricht an den beruflichen Schulen in Hessen wird erteilt von:

1. Lehrerinnen und Lehrern für den berufsbezogenen und allgemein bildenden Unterricht
2. Fachlehrerinnen und Fachlehrern für arbeitstechnische Fächer.

Fachlehrerinnen und Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer erteilen arbeitstechnischen Unterricht als Bestandteil des berufsbezogenen Unterrichts, indem sie - im dualen System in Lernfeldteams den Unterricht mit beruflichen Lernsituationen und Lernaufgaben planen, durchführen und kontrollieren, in vollschulischen Bildungsgängen durch Lernaufgaben, Kundenaufträge und Projekte ausgehend von beruflichen Handlungssituationen arbeitstechnisch qualifizieren und ausbilden, in besonderen Bildungsgängen und den Praxistagen der Mittelstufenschule Schülerinnen und Schüler für die Berufs- und Arbeitswelt qualifizieren und zur Berufsreife /Berufswahlreife führen.

*Quelle: Homepage HKM*

# neue Publikationen

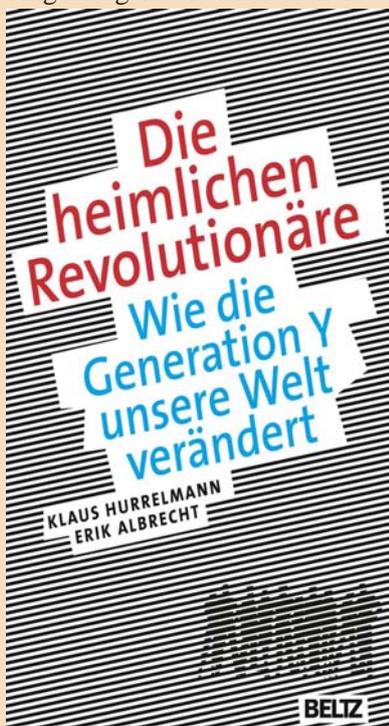
## Die heimlichen Revolutionäre

Wie die Generation Y unsere Welt verändert

Klaus Hurrelmann/ Erik Albrecht

**Anti-Materialismus, Downshifting, ein neues Umweltbewusstsein – die heute 15 bis 30-jährigen nehmen ihr Leben auf ganz andere Art in die Hand als sämtliche Vorgängergenerationen.**

Unaufgeregt und fast unbemerkt sorgen sie für einen Wandel, der unsere Welt nachhaltig verändern wird. In Interviews, Reportagen und auf Grundlage fundierter Studien wird deutlich, dass die oft als Ego-Taktiker gescholtenen Angehörigen der Generation Y



ganz neue Formen des Zusammenlebens gefunden haben. „Die heimlichen Revolutionäre.

Wie die Generation Y unsere Welt verändert“ zeigt, was die neue Generation fühlt, wie sie lebt und liebt – und wie sie sich die Zukunft vorstellt.

Die Generation Y ist den Umgang mit Unsicherheiten gewohnt (Terror, Finanz- und Wirtschaftskrisen). Sie hat gelernt, das Beste aus jeder noch so undurchsichtigen Situation zu machen. Sie ist Meister im Improvisieren. Ihr Lebenslauf verliert die Geradlinigkeit, die noch für die Eltern typisch war. Sie sind „Egotaktiker“, die alle wichtigen Lebensentscheidungen nach den unmittelbaren Vor- und Nachteilen für die eigene Person und ihr Wohlbefinden abschätzen.

ISBN 978-3-407-85976-1

## Fragen an die Pädagogik

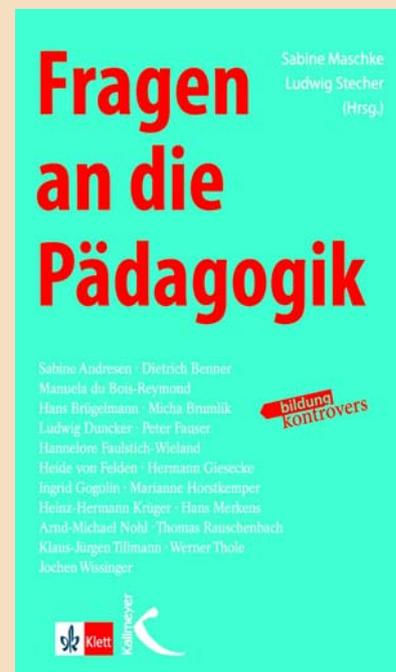
Sabine Maschke, Ludwig Stecher (Hrsg.)

19 namhafte Wissenschaftler/innen geben Antworten auf drängende Fragen wie:

- Was zeichnet gute Pädagog/innen aus?
- In welche Richtung entwickelt sich die Jugend?
- Wie verändern Medien die Kindheit?

- Wie sieht die Schule der Zukunft aus?
- Wie soll die Pädagogik sozialer Ungleichheit begegnen?

ISBN 978-3-7800-4813-4



## Bildung auf einen Blick 2014

OECD (Hg.)

„Bildung auf einen Blick 2014“ erlaubt direkte Vergleiche zwischen unterschiedlichen Bildungssystemen, Bildungsniveaus und Bedingungen für Bildung. Die jährlich erscheinende Studie steht kostenlos auf [www.wbv-open-access.de](http://www.wbv-open-access.de) zur Verfügung.

# AUSBILDUNGSREPORT 2014: QUALITÄT SICHERT FACHKRÄFTE

Die Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt sind beunruhigend. Gerade einmal zwei Drittel der ausbildungsinteressierten jungen Menschen finden eine Ausbildungsstelle, während die Unternehmen vermehrt über unbesetzte Ausbildungsplätze klagen. Für Letzteres ist oft die mangelnde Ausbildungsreife der Unternehmen das Problem – Verstöße gegen Arbeitsschutzgesetze sind keine Seltenheit. Zu diesen Ergebnissen kommt der neunte Ausbildungsreport der DGB-Jugend. „Besetzungsprobleme gibt es meist in den Berufen, die massive Probleme mit der Ausbildungsqualität haben, wie der Ausbildungsreport klar zeigt. Es ist doch kein Zufall, dass gerade jene Branchen auch über Fachkräftemangel klagen“, erklärte Florian Haggenmiller, DGB-Bundesjugendsekretär.

Insgesamt ist ein großer Teil (71,4 Prozent) der Auszubildenden zwar mit der Ausbildungsqualität zufrieden. „Das ist auch erfreulich, darf aber nicht darüber hinwegtäu-

schen, dass es nach wie vor Probleme gibt und gegen Arbeitsschutzgesetze verstoßen wird“, sagte Florian Haggenmiller. Mehr als jeder zehnte Auszubildende (11,7 Prozent) muss ausbildungsfremde Tätigkeiten ausüben, bei mehr als jedem Dritten (36,6 Prozent) fallen regelmäßig Überstunden an. Auch die Betreuung durch Ausbilder ist nicht immer sichergestellt. Dabei gibt es große Unterschiede zwischen den Berufen und Branchen, die sich mittlerweile verfestigt haben. Während die angehenden Industriemechaniker, Industriekaufleute und Bankkaufleute mit ihrer Ausbildung zufrieden sind, bilden einige Berufe des Handwerks, des Handels und vor allem der Gastronomie und der Hotellerie wieder das Schlusslicht der Befragung mit eklatanten Problemen und Gesetzesverstößen.

Fast jeder vierte Ausbildungsvertrag wurde vorzeitig aufgelöst. In Berufen, denen die Auszubildenden eine hohe Ausbildungsqualität bescheinigen, gibt es Vertragslösungsquoten deutlich unter Durchschnitt, etwa 6,1 Prozent bei den Bankkaufleuten oder 7,5 Prozent bei Industriekaufleuten. Dagegen liegen die Zahlen in Berufen mit massiven Problemmeldungen weit über dem Schnitt: Fast 50 Prozent aller angehenden Köchinnen und Köche haben ihre Ausbildung frühzeitig abgebrochen. Im Beruf der Fachverkäufer im Lebensmittelhandwerk waren es mehr als 41 Prozent. „Wer Fachkräfte für die Zukunft sichern will, muss bei der Ausbildungsqualität ansetzen. Dazu gehört auch die unbefristete Übernahme der Auszubildenden nach erfolgreich abgeschlossener

Ausbildung in einen Vollzeitjob – Jugendliche brauchen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben mit vielfältigen Perspektiven und materieller Sicherheit“, so Florian Haggenmiller. „Es bleibt unbegreiflich, dass Branchen, wie dem Hotel- und Gaststättengewerbe, dem Handel und Teilen des Handwerks Jahr für Jahr die Auszubildenden davon laufen und trotzdem nichts passiert. Die Missstände in den Betrieben müssen schneller erkannt und beseitigt werden. Auf Beschwerden von Auszubildenden muss reagiert werden und es bedarf eigenständiger Kontrollen.“

Ein zentrales Problem ist weiterhin der Zugang zur Ausbildung. Noch immer stecken 260.000 Jugendliche in Warteschleifen zwischen Schule und Ausbildung fest. Gerade einmal 65 Prozent der Ausbildungsinteressierten haben einen Ausbildungsplatz bekommen. „Wir brauchen daher dringend eine gesetzliche Ausbildungsgarantie, die sicherstellt, dass alle Ausbildungsinteressierten eine faire Chance und einen qualitativ hochwertigen Ausbildungsplatz bekommen“, fordert Florian Haggenmiller.

An der repräsentativen Befragung der Gewerkschaftsjugend haben sich 18.357 Auszubildende aus den 25 laut Bundesinstitut für Berufsbildung häufigsten Ausbildungsberufen beteiligt.

**DGB-PM 137 - 04.09.2014**

*Das ausführliche Statement zum Ausbildungsreport und der Report selbst sind unter [www.dgb.de/-/TRv](http://www.dgb.de/-/TRv) herunter zu laden.*



Der Modellversuch ProReKo und die danach eingeführte Selbständige Berufsbildende Schule in Niedersachsen waren Vorbilder für das Modellprojekt sv+ und die Selbständige Schule in Hessen. Durch einen Erlass hat jetzt das Niedersächsische Kultusministerium auch auf Drängen der GEW Niedersachsen die Notbremse gezogen.

# STELLENBEWIRTSCHAFTUNG DER NIEDERSÄCHSISCHEN BERUFSSCHULEN WIEDER ZENTRAL

Schulen im Modellprojekt ProReKo und ab 2011 alle Berufsschulen in Niedersachsen bewirtschafteten bis zum 30. Juli 2014 ihre Stellen selbst. Wie bei der Budgetierung bei den SBS in Hessen (Stichwort Großes Schulbudget) versprach man sich davon eine bessere Unterrichtsversorgung und eine Qualitätssteigerung von Schulen. Anscheinend ist dies nicht eingetreten.

## **Notbremse durch Erlass**

Mit Datum 30.7.2014 brachte das niedersächsische Kultusministerium einen Erlass auf den Weg, der die Stellenbewirtschaftung den Berufsbildenden Schulen wegnahm und wieder zentral beim Ministerium ansiedelte. „*Seit der Verlagerung der Stellenbewirtschaftung auf die BBS im Jahre 2011 ist die Auslastung der den Schulen zur selbstständigen Bewirtschaftung zur Verfügung stehenden Stellen kontinuierlich gesunken.*“ (Klartext: Immer mehr Stellen wurden nicht besetzt.) Und weiter heißt es im Erlass: „*Dieses hat inzwischen deutliche Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung und die Altersstruktur der Lehrkräfte.*“ (Klartext: Kaum Neueinstellungen und erhöhter Unterrichtsausfall, obwohl das Land Mittel zur Verfügung gestellt hat.) Ziel des Erlasses ist es, die Stellenauslastung und Bewirtschaftung der Stellen und Mittel zu optimieren. „*Damit die*

*Stellen im Sinne einer vollständigen Stellenausnutzung optimal bewirtschaftet werden können (z.B. Zusammenfassung von Stellenanteilen verschiedener Schulen), werden als vorläufige Maßnahme alle freien Stellen und Stellenanteile zentral vom MK (d. h. Kultusministerium) bewirtschaftet.*“ Das niedersächsische Kultusministerium rechnet mit etwa 750 Stellen, die bisher nicht besetzt wurden, von rund 11.000 Stellen an Berufsbildenden Schulen in Niedersachsen.

## **Schulbudgets versus Gesamtbudget**

Warum wurden so viele Stellen nicht besetzt? Beispiele: Für teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte, die früher als beabsichtigt zurückkehren müssen an jeder Schule Stellenanteile vorhanden sein, eine ganze Stelle bleibt unbesetzt. Die Schulen möchte eine Stelle besetzen, für die es keine Bewerber für diese Schule gibt, die Stelle bleibt unbesetzt. Sie möchten eine bestimmte Person einstellen, die den Vorbereitungsdienst noch nicht absolviert hat, die Stelle bleibt unbesetzt. Die Schule beziehungsweise der Standort ist weniger attraktiv, so dass sich keiner dort bewirbt, die Stelle bleibt unbesetzt. All dies führt dazu, dass viele Stellen mindestens vorübergehend nicht besetzt sind. Wenn jede Schule nur mit einer Stelle dazu beiträgt sind es in Niedersachsen bereits 138

Stellen, die nicht besetzt sind. Bei zentraler Stellenbewirtschaftung gibt es jedoch Ausgleichsmöglichkeiten. Vor dem Hintergrund der ungenügenden Unterrichtsversorgung sind unbesetzte Stellen nicht zu akzeptieren. Das Konstrukt der budgetierten BBS hat sich nicht bewährt, der Fehler liegt im System. Die Steuerung der BBS muss einer grundlegenden Änderung unterzogen werden.

## **Die GEW hat doch recht!**

Auf die Problematik der dezentralen Stellenbewirtschaftung hat die GEW immer wieder hingewiesen. Neben einer Vielzahl von unbesetzten Stellen führte die dezentrale Stellenbewirtschaftung dazu, dass Versetzungen kaum mehr realisiert wurden und das in einem großen Flächenland wie Niedersachsen. In einem Beschluss auf der Landesdelegiertenversammlung 2013 wurde die Landesregierung aufgefordert, die eigenverantwortliche Bewirtschaftung von Landesmitteln und Stellen durch die Berufsbildenden Schulen zurückzunehmen.

## **Pädagogische Selbständigkeit und Einstellungsgarantie**

Die pädagogischen und persönlichen Entscheidungen bleiben weiterhin bei den Schulen. „*Mir ist wichtig, dass bei dieser Verfahrensumstellung die berufsbildenden Schulen weiterhin allein verant-*

wortlich bleiben für die Auswahl und Entscheidung über das einzustellende Personal und die Personalplanung ihrer Schule auf der Basis ihrer Stellenpläne“, unterstrich die niedersächsische Kultusministerin in ihrer Pressemitteilung.

### Hessen zieht nach?

Durch die intensive Begleitung des Modellprojekts sv+ und der Budgetierung der Schulen durch die GEW Hessen wurde bereits ein vollständiges Personalbudget an Selbständigen Schulen verhindert. Die Selbständigen Schulen in Hessen erhalten, wie alle anderen Schulen, eine Stellenzuweisung und keine Mittelzuweisung für bestehendes Personal, wie in Niedersachsen. Sie haben lediglich die Möglichkeit, nicht besetzte Stellen in Geld umzuwandeln und einem Personalbudget zuzuführen, dem sog. Großen Schulbudget.

Aber auch dabei gibt es nicht mehr zu übersehende Probleme. Personalräte berichten, dass an ihrer Schule das Personalbudget bereits auf über eine halbe Million angewachsen sei. Bei den Umrechnungsfaktoren für die Umwandlung von freien Stellen in Geld bedeutet dies, dass rund 10% der Stellen nicht besetzt sind. Folgen sind Unterrichtsausfall, eine hohe Zahl von befristet Beschäftigten und viele Überstunden für die Stammebelegschaft. Dass dies zur Qualitätsverbesserung von Schulen beitragen soll, ist äußerst fraglich.

Die Gründe für die vielen nicht besetzten Stellen sind vielschichtig: Überlastete Schulleitungen, Mangel an Bewerber\_innen, Attraktivität des Standorts, mangelnde interne Flexibilität der Schulen usw.. Ein wichtiger Grund liegt jedoch darin, dass das System, Großes Schulbudget, keine Möglichkeit der Kooperation und des vor-

bergehenden Ausgleichs zwischen Schulen vorsieht.

Bisher gibt es keine Anzeichen im Ministerium, hieran etwas ändern zu wollen. Es wird dabei ja Geld gespart. Nach den Budgetierungsregelungen kostet die Umwandlung einer Stelle in Geld das Land weniger wie eine besetzte Stelle.

Es herrscht weiterhin das Dogma, dass Vereinzelung von Schulen und Konkurrenz zwischen ihnen die Probleme am besten löst und die Qualität steigert. Wie sonst ist zu erklären, dass das Konzept der Frankfurter Schulleiter\_innen, das eine Kooperation der Schulen und die Budgetierung als Angelpunkt hat, nicht vom HKM unterstützt wird. Darüber hinaus wird immer mehr Verwaltungsarbeit auf die einzelne Schule verlagert, die besser und günstiger für mehrere Schulen gemeinsam erledigt werden können.

### Was tun in Hessen?

Die Zahlen müssen auf den Tisch. Der Hauptpersonalrat hat hierzu eine Anfrage gestellt.

Grundsätzlich sind ein Moratorium zur Selbständigen Schule und eine fundierte Aufgabenkritik von Schulaufsicht und Schulverwaltung einzufordern. Kurzfristig sind erstens Regelungen für die Budgetierung zu schaffen, die der Besetzung von Stellen Vorrang geben gegenüber dem Umwandeln

in Geld, und es sind zweitens die Rechte der Personalräte zu stärken. Hier wäre das Mitbestimmungsrecht von Personalräten bei der Nicht-Besetzung von Stellen längst überfällig. Personalräte haben nach HPVG lediglich bei der Besetzung einer Stelle ein Mitbestimmungsrecht. Wenn eine Stelle in Geld umgewandelt wird, entscheidet



nach dem Schulgesetz die Schulkonferenz bzw. die Gesamtkonferenz im Rahmen ihres Haushaltsrechts über die Verwendung der Gelder. Aber bei der Entscheidung, ob eine Stelle besetzt oder in Geld umgewandelt wird, gibt es nach dem HPVG kein Mitbestimmungsrecht der Personalräte und nach dem Schulgesetz kein Entscheidungsrecht der schulischen Gremien. Damit die Personalräte ihre Rechte auch fundiert wahrnehmen können, brauchen sie Zeit. Eine Erhöhung der Personalratsdeputate muss auf die Agenda. Solange diese nicht durchgesetzt ist besteht die Möglichkeit, über schulinterne Regelungen (z. B. aus dem Schulleitungs- oder Schuldeputat oder der Stellenzuweisung) Entlastungen zu realisieren.

Ralf Becker

Die Darmstädter Heinrich-Emanuel-Merck-Schule kooperiert mit sieben ausbildenden Unternehmen regelmäßig, um Auszubildende zu Lernaufenthalten ins europäische Ausland zu schicken – gefördert durch das EU-Programm Erasmus+

## LERNORTKOOPERATION IN DER BERUFSAUSBILDUNG JENSEITS DEUTSCHER GRENZEN

Die Gelehrten Leonardo da Vinci und Erasmus von Rotterdam stehen in unserer Zeit Pate für Mobilitäten der beruflichen Bildung, mit dem Ziel der europäischen Verständigung. Die EU-Programme „Leonardo da Vinci“ und seit 2014 „Erasmus+“ machen es möglich, dass die Heinrich-Emanuel-Merck-Schule (HEMS) in Darmstadt in Kooperation mit sieben in Darmstadt ausbildenden Unternehmen – Deutsche Bahn, Deutsche Telekom, Merck, Evonik, HSE, GSI und TU Darmstadt – ihre Auszubildenden seit 14 Jahren regelmäßig zu Lernaufenthalten ins Ausland entsenden können. Beantragt, gesteuert und evaluiert werden diese Austauschmobilitäten durch die HEMS.

Wir sind eine berufliche Schule für Elektrotechnik und Informationstechnik und tragen seit August 2010 das Prädikat „Europaschule“. Bei uns wird besonderer Wert auf interkulturelles Lernen gelegt. Damit treffen wir genau das Anliegen der Förderprogramme. Unsere Arbeitsgruppe, bestehend aus engagierten Lehrern, Ausbildungsverantwortlichen und Ruheständlern plant die Mobilitätsprojekte und organisiert Fahrt, Unterkunft, Verpflegung, Kulturprogramm und Betriebseinsätze für die Teilnehmer.

Die Arbeitsgruppe besteht seit 2000 und organisiert jährlich

mehrere Ausbildungsprojekte bei unseren europäischen Partnern und in Darmstadt. Berufliche Schulen in Sokolnice und Pilsen (Tschechien), Wien, Bregenz und Eibiswald (Österreich) sowie Unternehmen wie Opel in Wien-Aspern, die Österreichische Bundesbahn, EON Tschechien, Telekom Austria, IBM in Graz und der Netzbetreiber Wiener Netze sind neben anderen Unternehmen unsere Partner. Wir engagieren uns deswegen, weil wir von der

Sache überzeugt sind und den europäischen Gedanken mit Leben füllen wollen. Deshalb sind während der Ausbildungsphasen im Ausland die Auszubildenden voll in das Unternehmen integriert, arbeiten mit und übernehmen eigene Aufgaben. „Ich habe gleich beim ersten Besuch in Sokolnice während meiner Ausbildung zum Energieelektroniker Feuer gefangen, das war sehr spannend“, erinnert sich Christoph Hanewald. Der heute 32-Jährige war 2002 über das Leonardo-Programm nach Tschechien und einige Jahre später auch nach Irland gekommen. Mittlerweile hat er sich zum Elektromeister weiterqualifiziert und ist bei Merck tätig. Von seinen Aus-

landsaufenthalten hat er persönlich mächtig profitiert und prägende Lebenserfahrungen mitgenommen. „Auch fachlich habe ich dort einiges lernen und selbstständig arbeiten können.“



Wir sind an der HEMS überzeugt von unserem Konzept und entwickeln es ständig weiter. Die jungen Leute sollen im Ausland berufliche, soziale und interkulturelle Kompetenzen erwerben. Es werden von ihnen Sachen abverlangt, die die sie in ihrem Ausbildungsbetrieb weniger erfahren. Sie müssen ihre Kompetenzen nutzen, um sich selbstständig in ein anderes System einzupassen und sich darin zu behaupten. Es ist eine besondere Herausforderung, andere Kulturen wahrzunehmen und eine Sensibilität zu entwickeln, um sich darin zu Recht zu finden. Dies stärkt ihre Eigenverantwortung und sie erweitern ihren Horizont.

Die Auszubildenden erhalten den „Europass Mobilität“ der EU. Darin werden die im Ausland erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten nachgewiesen und sie können damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt steigern. Solch qualifizierte Nachwuchskräfte werden heute von vielen Unternehmen gesucht.

Allein im Schuljahr 13/14 haben wir zehn Besuche und Gegenbesuche in Pilsen, Sokolnice, Wien, Bregenz, Eibiswald und Darmstadt organisiert. Bewährt hat sich eine Besuchsdauer von drei Wochen. Gute schulische und betriebliche Leistungen sind Voraussetzung für die Teilnahme. Wir wählen die Auszubildenden gemeinsam mit den Betrieben aus. Das ist auch notwendig, denn sie sind immerhin unsere Botschafter im Gastland. In zwölf Unterrichtsstunden werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an drei Samstagen sprachlich und kulturell auf ihren Auslandsaufenthalt vorbereitet. Sie lernen Alltags- und Fachbegriffe und Wertvolles über das politische und kulturelle Leben im Partnerland.

Wir sind bereit und offen dafür, weitere Betriebe und deren Auszubildende aufzunehmen oder auch Partner in anderen Ländern zu finden. Die Auszubildenden schätzen ihre neuen Erfahrungen und die Möglichkeit, die sich ihnen bietet. In ihren Evaluations- und Erfahrungsberichten schreiben sie durchweg positiv: „Super“, „fachlich, methodisch, sozial und kulturell sehr viel gelernt“ oder: „total froh“, „sehr schöne Zeit“. Das sind Worte, die für uns nicht nur Lohn

und Bestätigung sind, sondern auch Motivation, weiterhin junge Leute auf die Spuren von Erasmus und Leonardo zu führen.

### Drei Fragen zum Projekt:

#### 1) Was bewirkt das EU-Programm „Erasmus+“?

Es ist ein EU-Programm, durch das neben anderen Zielgruppen insbesondere die berufliche Bildung gefördert wird. Dazu gehören internationale Austauschprogramme, bei denen die Teilnehmer Land, Kultur und Arbeitswelt nicht nur kennen lernen sondern auch darin eintauchen sollen. Denn sie arbeiten dort richtig mit und bekommen eigene Aufgaben. Das Bewegen in einer ungewohnten Umgebung bringt die Schüler weiter. Das fängt schon damit an, dass sie ihre Sprachkenntnisse anwenden müssen, um von der Unterkunft zum Arbeitsplatz zu gelangen.

#### 2) Warum beteiligen sich die Unternehmen?

Die Betriebe nutzen dies als Möglichkeit, ihre künftigen Facharbeiter zu fördern und zu motivieren. Sie signalisieren dadurch auch die Öffnung für den globalen Wettbewerb. Man kann es als Imagepflege oder sogar Marketingstrategie ansehen. Angesichts von demografischem Wandel und Fachkräftemangel machen sich Arbeitgeber damit attraktiv. Sie

profitieren von Know-how und Kontakten, die ihre Leute aus dem Ausland mitbringen. Vor allem geben sie ihren Azubis damit Impulse für deren persönliche und berufliche Entwicklung. Oder aus anderer Perspektive: Sie entwickeln ihr Personal.

#### 3) Was sind die nächsten Schritte und bleibt es bei den bisherigen Unternehmenskooperationen?

Ja natürlich, und wir freuen uns über jedes Unternehmen, das mitmachen will. Wir haben am 30. April diesen Jahres im „Großen Saal“ der IHK Darmstadt einen Letter of Intent mit den bisherigen sieben Betrieben unterzeichnet.



Darin bekunden die beteiligten Unternehmen und Partnerschulen ihren Willen, das Projekt in der erreichten Intensität und Qualität fortzuführen. Damit wollen wir die Besuchsprojekte für alle Beteiligten – Unternehmen, Auszubildende und Schulen – noch verbindlicher machen. Und wir wollen die Abläufe verbessern, Anregungen aufnehmen – und weitere Partner gewinnen.

**Gerald Hubacek**  
Stellv. Schulleiter HEMS

Weitere Infos:

<http://www.hems.de/aktuell/mobilitaeten-im-ausland.html>

<http://www.echo-online.de/region/darmstadt/Berufsbildung-ueber-Grenzen-hinweg:art1231.5005341?FRAME=33&FORMAT=PRINT>

[http://www.darmstadt.ihk.de/servicemarken/presse/pressemitteilungen/2868274/Azubis\\_koennen\\_Auslandserfahrung\\_sammeln.html](http://www.darmstadt.ihk.de/servicemarken/presse/pressemitteilungen/2868274/Azubis_koennen_Auslandserfahrung_sammeln.html)

Einigkeit: Der Übergang von der Schule in Ausbildung oder Studium bedarf dringend einer Neuordnung. So gibt es auf EU-, Bundes- und Landesebene Absichtserklärungen zu einem Recht auf Ausbildung. Ob die geplanten Maßnahmen dieses Versprechen auch einlösen wird hier erörtert.

# EU-JUGENDGARANTIE-BILDUNGSGIPFEL-BÜNDNIS FÜR AUSBILDUNG

Die EU-Kommission hat eine „Jugendgarantie“ beschlossen. Die Bundesregierung strebt eine „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ unter Beteiligung der Gewerkschaften an. Die Landesregierung nennt dies „Bündnis Ausbildung Hessen“ und setzte das Thema auf die Agenda des „Bildungsgipfels“.

## **EU-Jugendgarantie**

Am 22. April 2013 verabschiedete der Rat der Europäischen Union eine Empfehlung zur Einführung einer „Jugendgarantie“. Die zentrale Aussage der „Jugendgarantie“ ist, dass allen jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos werden oder die Schule verlassen, eine hochwertige Arbeitsstelle oder Weiterbildungsmaßnahme oder ein hochwertiger Ausbildungs- bzw. Praktikumsplatz angeboten wird.

Das Problematische daran: die „Jugendgarantie“ ist kein einklagbares Recht, sondern lediglich eine Absichtserklärung der Politik, und eine Definition dessen, was unter ‚hochwertig‘ zu verstehen ist, steht aus. Im Mai 2014 hat die Bundesregierung einen „Nationalen Implementierungsplan zur Umsetzung der EU-Jugendgarantie in Deutschland“ beschlossen. Das Papier hat fast 100 Seiten und kann bei der Redaktion ([r.becker.gew@gmx.de](mailto:r.becker.gew@gmx.de)) angefordert werden.

Eine Ausbildungsgarantie oder eine grundlegende Reform des Übergangsbereichs ist aus dem Papier nicht abzulesen, eher ein Weiter so.

## **Allianz für Aus- und Weiterbildung**

Die Bundesregierung plant den bisherigen „Ausbildungspakt“ durch eine „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ zu ersetzen. Hieran sollten im Gegensatz zum „Ausbildungspakt“ auch die Gewerkschaften beteiligt werden. Ob es zu einer „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ unter Beteiligung der Gewerkschaften kommen wird ist noch nicht sicher, da Politik und Arbeitgeber sich noch nicht zu bestimmten Forderungen der Gewerkschaften geäußert haben.

## **Hessischer Bildungsgipfel**

Am 17. September 2014 lud die Landesregierung zur ersten Sitzung des in der Koalitionsvereinbarung formulierten Bildungsgipfels ein. Dieser soll unter Beteiligung aller Akteure im Bildungsbereich bis zum Sommer 2015 einen „Schulfrieden“ formulieren, der dann für 10 Jahre gelten soll. Es gibt insgesamt fünf Arbeitsgruppen, die zwischen den drei Terminen des Bildungsgipfels Vorlagen für diesen erarbeiten sollen. Eine der Arbeitsgruppen (AG 4) befasst sich mit dem Übergang von Schule in Ausbildung und Studium.

Es ist schwer vorstellbar, wie in den überaus strittigen Fragen der Schulstruktur, der Selbständigkeit von Schule und der Lehrer\_innenbildung ein landesweiter Konsens („Schulfrieden“) aussehen soll, der dann auch noch konkrete Aussagen, Festlegungen und Handlungsanleitungen für Politik beinhaltet.

## **Bündnis Ausbildung Hessen**

Die Landesregierung strebt ein „Bündnis Ausbildung Hessen“ an. Anfang September tagte zum ersten Mal die Arbeitsgruppe zum „Bündnis Ausbildung Hessen“. Die Landesregierung brachte einen Entwurf ein, der im Wesentlichen die Inhalte der Empfehlung des Landesausschusses für Berufsbildung vom 1.2.2012 wiedergibt. Dies war ein Konsenspapier zwischen Arbeitgeberseite und Gewerkschaften. Die Arbeitsgruppe befasste sich in ihrer ersten Sitzung im Wesentlichen mit der Frage der Beziehung zum Bildungsgipfel.

In dem Entwurf des Bündnispapiers sind viele positive Aspekte. MINT-Aktivitäten sollen weiter verbreitet werden, das Programm QuABB soll fortgesetzt und flächendeckend angeboten werden, abh soll weiter bestehen bleiben, die assistierte Ausbildung soll eingeführt werden, die Berufsschule soll gestärkt werden, der ausbildungsbegleitende Erwerb eines weiteren Schulabschlusses

(insbesondere Fachhochschulreife) soll „zum Normalfall in Hessen“ werden, die Ausweitung des Berufsschulunterrichts auf zwei volle Tage mit der Möglichkeit des Förderunterrichts, von Zusatzqualifikation oder der FHR soll möglich werden, die Frage der Ausbildungsqualität soll auf die TO der Berufsbildungsausschüsse gesetzt werden, berufliche Nachqualifizierung soll ermöglicht werden. Das hört sich alles erst einmal gut an, insbesondere der Satz in der Präambel „Dieses Bündnis soll faktisch garantieren, dass allen Jugendlichen in Hessen, die es wünschen, ein Ausbildungsplatz – vorrangig ein betrieblicher – angeboten wird.“

### Aber hält das Papier das Versprechen?

Entscheidend ist, was fehlt. Es mangelt an konkreten Festlegungen zu einer Umsetzung des Rechts auf Ausbildung bzw. zu der Frage: welche Angebote werden gemacht, wenn alle festgelegten Maßnahmen nicht dazu führen, dass jeder Jugendliche ein Angebot für einen Ausbildungsplatz hat. Es wird anscheinend immer noch davon geträumt, dass der Markt es regelt, wenn nur die entsprechenden Anreize geschaffen werden.

Eine vollschulische Berufsausbildung nach BBiG oder Landesrecht, die in enger Kooperation mit Betrieben zu einem auf dem Arbeitsmarkt anerkannten Beruf führt, wie sie die GEW Hessen in ihrem Konzept einer „Neuen Berufsfachschule“ beschrieben hat, wird in dem Papier zum Bündnis oder in den Aussagen zum Bildungsgipfel nicht erwähnt.

Das Wort Produktionsschulen taucht nirgends in dem Papier auf, genauso wenig wie in den Aussagen zum Bildungsgipfel, obwohl alle im Landtag vertretenen Fraktionen die Einrichtung von Produktionsschulen in ihren Wahlprogrammen forderten.

Ein weiterer Schwachpunkt ist die Frage der Finanzierung. Da ist lediglich folgende Aussage zu finden: „Hieraus (aus der Neustrukturierung des Übergangsbereichs) freiwerdende Mittel müssen im System der dualen Berufsausbildung verbleiben und zur Systemverbesserung eingesetzt werden.“ Die Landesregierung verweigert aber konkrete Zusagen.

In der GEW werden die inhaltlichen Aussagen des Textes in Bezug auf die Berufsorientierung mit gemischten Gefühlen gesehen. So kritisiert die GEW die hessenweite Strategie OloV, die verstetigt werden soll, auch eine dauerhafte Etablierung des Gütesiegel „Berufs- und Studienorientierung“ sei wenig hilfreich. Die geforderte Schaffung einer Verordnung für die Berufs- und Studienorientierung in allen Schulformen (inklusive Gymnasium) mit festgelegten Ressourcen

ist zwar der richtige Weg. Er reicht jedoch nicht aus. Die GEW Hessen fordert die Festlegung in Verordnungen und Lehrplänen und die Anbindung am Fach Arbeitslehre, das in allen Schulformen (inklusive Gymnasium) Teil der Studentafel werden muss.

### FAZIT:

Für den Übergangsbereich von der Schule in Ausbildung und Studium und die Reform der Beruflichen Schulen sehen die Chancen für einen Konsens im Rahmen des „Bündnis Ausbildung Hessen“ nicht schlecht aus. So gibt es viele Inhalte, die von allen Parteien und auch von den Sozialpartnern getragen werden. Gleiches gilt für die EU-Jugendgarantie und die „Allianz für Aus- und Weiterbildung“. Was fehlt sind Zusagen zu Ressourcen und insbesondere verbindliche Regelungen zur Umsetzung des Rechts auf Ausbildung. Ob die Gewerkschaften mitziehen ist eine schwierige Entscheidung und dürfte von den konkreten Vereinbarungen abhängen und ob diese in die richtige Richtung führen.

Ralf Becker

Persönlichkeitsentwicklung  
 Übergangssystem Nachqualifizierung  
**Berufsorientierung**  
Mitbestimmung Studierfähigkeit Anschlussorientierung Fachkräftesicherung  
 Berufsvorbereitung Ökonomisierung Übergänge  
Studienorientierung Alltagskompetenz Duale Berufsausbildung

Welchen veränderten Herausforderungen muss sich Schule heute stellen und wie können die Schülerinnen und Schüler den Anforderungen entsprechend auf die Arbeits- und Lebenswelt vorbereitet werden?

Schule als Vorbereitung für die Arbeits- und Lebenswelt

# BIBB-TAGUNG BERUFSBILDUNG

Zwei Tage lang hatten auf Einladung des BIBB im September mehr als 800 Teilnehmende über die künftige Ausgestaltung des Bildungs- und Berufsbildungssystems diskutiert. Der Kongress in Berlin stand unter dem Motto „**Berufsbildung attraktiver gestalten – mehr Durchlässigkeit ermöglichen**“. Hierzu wurde einiges erreicht, aber es gibt noch vieles zu tun, wie sowohl die hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion zur Eröffnung der Tagung als auch zahlreiche Beiträge in den einzelnen Foren immer wieder betonten. Die Vertreterinnen und Vertreter von Schule, Hochschule und Berufsbildung waren sich einig, dass es in Zukunft vorrangig darauf ankommen müsse, vorhandene Barrieren beim Zugang zu den jeweiligen Bildungsgängen weiter abzubauen.

Der zuletzt genannten speziellen Thematik widmete sich insbesondere das an beiden Tagen durchgeführte Forum 2 „Durchlässigkeit zwischen Berufsbildung und Hochschulbildung erhöhen“. Dabei ging es sowohl um die Erleichterung des Weges von der beruflichen Bildung in die Hochschulbildung als auch um die umgekehrte Richtung und die Verbindung beider Bildungssäulen (z.B. duale Studiengänge).

Es wurde deutlich, dass in den letzten Jahren die Zahl der Studierenden ohne traditionelle Hochschulzugangsberechtigung erheblich angestiegen ist. Heute gehören mehr als 2 % aller Studierenden dieser Gruppe an. „Hier ist zwar immer noch erhebliche Luft nach oben“ so Prof. Dr. Michael Heister vom BIBB zu Beginn des Forums. „Aber im Gegensatz zu den rund 0,5 % vor einigen Jah-

ren ist es schon ein erheblicher Fortschritt.“ Optimierungen sind insbesondere noch im Bereich der Information und Beratung möglich. Hier sind sowohl die Hochschulen als auch die Kammern aufgefordert, verstärkte Anstrengungen zu unternehmen und (gemeinsame) Beratungsinstitutionen aufzubauen. Zudem sind spezielle Unterstützungsmaßnahmen für diese Gruppe der nicht-traditionell Studierenden hilfreich. Hier kann es sich beispielsweise um die Bildung von Netzwerken zur gegenseitigen Unterstützung handeln, wie dies in einem Projekt der Hans-Böckler-Stiftung geschieht oder um ein Angebot von Brückenkursen durch die Hochschulen.



Um der Versäulung der Bildungsbereiche entgegenzuwirken ist es wichtig, immer auch den Weg von der Hochschule in die berufliche Bildung miteinzubeziehen. Hier wies die Bundesbildungsministerin schon zu Beginn insbesondere vor dem Hintergrund des erwarteten Fachkräftemangels auf die Notwendigkeit einer stärkeren Einbeziehung von Studienabbrechern in die berufliche Bildung hin. Auch hier braucht es insbesondere bessere Informations- und Beratungsstrukturen, die im Rahmen von Jobstarter in den nächsten Jahren in Modellprojekten erprobt werden sollen. Schwierig ist dabei insbesondere die Einbeziehung der Hochschulen, denn ihr Klientel

sind letztlich Studierende, nicht Studienabbrecher.

In der abschließenden Podiumsdiskussion wurde intensiv die Frage der Anerkennung von Lernergebnissen diskutiert. Während dies innerhalb des Hochschulbereichs durch die sogenannten „credits“ möglich ist fehlt im Bereich der beruflichen Bildung ein einheitliches System. „Wir brauchen dringend eine einheitliche Währung“, so Prof. Heister in der Diskussion.

Einer der interessantesten Aspekte des Kongresses war die hohe internationale Beteiligung. Die Teilnehmenden kamen aus insgesamt 35 unterschiedlichen Ländern, was einmal mehr zeigt, dass die berufliche Bildung endlich den ihr zustehenden Stellenwert erhält. Die Zeiten scheinen vorbei zu sein, in denen das neben Deutschland nur noch in der Schweiz und in Österreich im umfassenden Sinne praktizierte duale Berufsbildungssystem insbesondere von internationalen Organisationen, man denke etwa an die OECD, als überflüssig und veraltet angesehen wird. Vielmehr wird der beruflichen Bildung ein hoher Stellenwert zugewiesen und viele Staaten wollen diese ausbauen bzw. neu ausrichten.

So widmete sich ein in englischer Sprache durchgeführtes Sonderforum „Internationalisierung der Berufsbildung“ den Möglichkeiten, voneinander bei diesem Prozess zu lernen. Und ein eigens durchgeführter deutsch/israelischer Workshop ging Durchlässigkeitselementen in beiden Ländern nach. Keine Frage: Die internationale Beachtung der beruflichen Bildung wird auch in den nächsten Jahren nicht nachlassen.

*Aaron Löwenbein*

# WAS VERDIENEN ERZIEHERINNEN UND ERZIEHER?

Online-Umfrage von [www.lohnspiegel.de](http://www.lohnspiegel.de)

Das Bruttomonatseinkommen von Erzieher/innen beträgt ohne Sonderzahlungen auf Basis einer 38-Stunden-Woche durchschnittlich 2.490 Euro. Die Hälfte der Erzieherinnen und Erzieher verdient weniger als 2.420 € Beschäftigte in tarifgebundenen Einrichtungen stellen sich bei Monatseinkommen und Sonderzahlungen deutlich besser. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Online-Umfrage des Internetportals [www.lohnspiegel.de](http://www.lohnspiegel.de), das vom WSI-Tarifarchiv der Hans-Böckler-Stiftung betreut wird. Die vorliegende Auswertung stützt sich auf die Daten von 716 Erzieherinnen und Erziehern.

Bei dem Beruf „Erzieherin/Erzieher“ handelt es sich um eine

landesrechtlich geregelte schulische Aus- bzw. Weiterbildung, die an Fachschulen, Berufsfachschulen, Berufskollegs und anderen Bildungseinrichtungen erteilt wird. Erzieher/innen sind nicht nur mit der vorschulischen Erziehung betraut, sondern auch in der Kinder- und Jugendarbeit sowie in der Heimerziehung tätig.

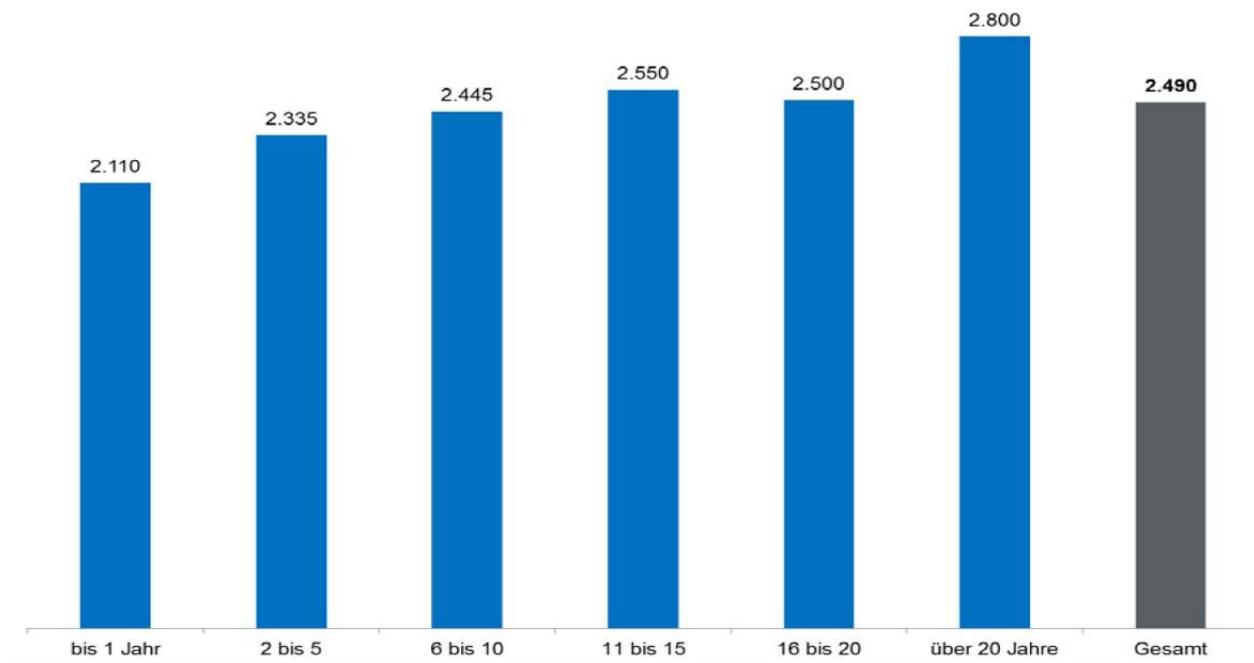
Immerhin drei Viertel aller Erzieherinnen und Erzieher arbeiten in Einrichtungen mit Tarifbindung. „Unsere Daten zeigen einmal mehr, dass Beschäftigte in Einrichtungen mit Tarifbindung mehr verdienen und häufiger Weihnachts- und Urlaubsgeld erhalten als dort, wo keine Tarifverträge gelten.“, sagt WSI-Experte Dr. Heiner Dribbusch.

Das Projekt „LohnSpiegel“ erhebt und analysiert die Einkommens- und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten in Deutschland. Die LohnSpiegel-Daten werden im Rahmen einer kontinuierlichen Online-Erhebung ermittelt, an der sich die Besucherinnen und Besucher der Webseite „[www.lohnspiegel.de](http://www.lohnspiegel.de)“ freiwillig und anonym beteiligen können. Die Befragung ist nicht repräsentativ, liefert durch die sehr hohe Fallzahl aber verlässliche Orientierungsdaten. Zurzeit bietet der LohnSpiegel einen Gehalts-Check für über 370 Berufe.

*PM Hans-Böckler-Stiftung vom 08.07.2014*

*Ansprechpartner: Dr. H. Dribbusch, WSI, Mail: Heiner-Dribbusch@boeckler.de*

## Einkommen von Erzieherinnen und Erziehern nach Berufserfahrung – gerundet, in € –



Quelle: WSI-Lohnspiegel-Datenbank – [www.lohnspiegel.de](http://www.lohnspiegel.de)

# IN ZEHN JAHREN 100.000 AUSBILDUNGSPLÄTZE WENIGER

Das Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) prognostiziert einen Rückgang von rund 100.000 betrieblichen Ausbildungsverträgen bis 2025. Die Zahl der jungen Menschen, die eine schulische Berufsausbildung aufnehmen, bleibt hingegen stabil. Zwar gewinnt die schulische Berufsausbildung damit an Bedeutung, doch ist die duale Ausbildung weiterhin der größte Bereich des Ausbildungssystems. Auch in den kommenden Jahren werden mehr junge Menschen eine duale Ausbildung als ein Studium aufnehmen, so die Prognose.

»Die duale Ausbildung wird noch stärker unter Druck kommen, wenn die erheblichen Herausforderungen nicht zeitnah von Politik und Wirtschaft angegangen werden. Die Diskussion über die Attraktivität des dualen Systems sollte vom Kopf auf die Füße gestellt und die zugrunde liegenden Analysen müssen differenzierter werden«, meint Dr. Dieter Dohmen, der Direktor des Forschungsinstituts.

## **Ansprache junger Frauen muss sich verbessern**

So zeigt der Blick in die Statistik, dass es nicht die steigenden Abiturientenzahlen sind, die dem dualen System Probleme bereiten, sondern immer weniger Realschüler und Realschülerinnen eine duale Ausbildung beginnen. Sie ergreifen stattdessen eine schulische Berufsausbildung oder streben über das Gymnasium oder andere Wege das (Fach-)Abitur an. Dies gilt insbesondere für junge Frauen mit Realschulabschluss. »Dem dualen System gelingt es einfach nicht, die jungen Frauen besser anzusprechen«, sagt Dohmen.

## **Leistungsstarke und flexible Unterstützungsinfrastruktur schaffen**

Auf der anderen Seite wird zwar sichtbar, dass der Anteil der Hauptschüler und Hauptschülerinnen unter den Auszubildenden zurückgeht. Da aber die Zahl der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss noch stärker gesunken ist, heißt das, dass sich die Übergangschancen dieser Absolventen zuletzt deutlich verbessert haben. Dohmen meint: »Die Unternehmen erkennen zunehmend, dass sie hier mehr tun müssen. Allerdings sind gerade kleine Ausbildungsbetriebe dabei überfordert. Sie können sich nicht permanent darum kümmern, grundlegende Schwächen in Lesen, Schreiben oder Rechnen oder im sozialen Verhalten zu beheben. Hier muss eine leistungsstarke und flexible Unterstützungsinfrastruktur geschaffen werden, die den Unternehmen vor und während der Ausbildung bedarfsgerecht hilft«, so Dohmen.

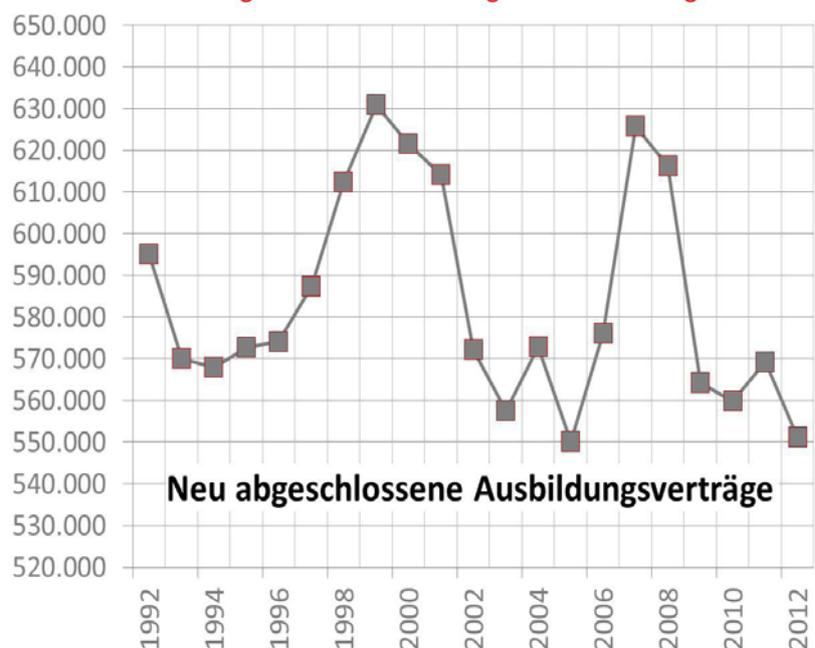
## **Unternehmen sind in der Pflicht, um Auszubildende zu bemühen**

Der Bildungsökonom sieht die Unternehmen aber auch in der Pflicht: »Sie müssen sich noch stärker um neue Auszubildende bemühen und um sie werben. Dazu sind wiederum die kleinen Unternehmen kaum in der Lage. Also ziehen sie sich notgedrungen zurück.« In Ostdeutschland lässt sich beobachten, dass sich gerade die kleinen und mittleren Unternehmen zunehmend aus dem Ausbildungsgeschehen verabschiedet haben. »Die kleinen Firmen haben bei der dualen Ausbildung einen strukturellen Nachteil, den sie nur schwer überwinden können. Damit gehen Ausbildungsplätze verloren. Dieser Trend wird sich über kurz oder lang auch in Westdeutschland verschärfen.«

Anfordern bei: [r.becker.gew@gmx.de](mailto:r.becker.gew@gmx.de)

Quelle: IG Metall WAP

## **Unaufhaltsam bergab: Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes**



Marianne Friese

# LEHRAMTSAUSBILDUNG FÜR BERUFLICHE SCHULEN AN DER JUSTUS-LIEBIG-UNIVERSITÄT GIESSEN: DIE BACHELOR-/MASTER-STUDIENGÄNGE „BERUFLICHE UND BETRIEBLICHE BILDUNG“ (BBB)

## Modernisierungsbedarfe der Lehramtsausbildung

Im Diskurs der akademischen Lehramtsausbildung sind gegenwärtig zwei Fragen bedeutsam: zum einen die mit der Bologna-Reform entstandenen Anforderungen an Professionalisierung der beruflichen Lehramtsausbildung; zum anderen die akuten Bedarfe an Lehrpersonal in Mangelfächern der gewerblich-technischen wie auch der personenbezogenen Fachrichtungen. Diese durch demografischen und technologischen Wandel der Wissensgesellschaft bedingten Modernisierungsbedarfe hat die Justus-Liebig-Universität (JLU) Gießen mit den im WS 2008/09 gestarteten polyvalenten Bachelor- und Masterstudiengängen BBB aufgenommen.

dar. Für hauswirtschaftliche und ernährungswissenschaftliche Fachrichtungen wurde das berufliche Lehramt in den 1960er-Jahren an der Landwirtschaftlichen Fakultät eingerichtet und in der Folgezeit als Zusatzstudium mit Staatsexamen (L 4) für Absolvent/-innen der Ökotrophologie oder der Landwirtschaft ohne ein ergänzendes allgemeinbildendes Unterrichtsfach konzipiert.

Dieses für die Qualitätsstandards der beruflichen Lehramtsausbildung gravierende Manko des fehlenden allgemeinbildenden Faches sowie weitere curriculare Schwachpunkte der pädagogisch-didaktischen Ausbildung wurden mit den nach den neuen Bologna-Vorgaben ausgerichteten Bachelor- und Master-Studiengängen BBB behoben. Nach den in 2006

Landwirtschaft, Hauswirtschaft oder Nahrungsgewerbe (seit WS 2014/15 zusammengeführt zu Agrarwirtschaft oder Ernährung und Hauswirtschaft) sowie Elektro- und Metalltechnik zum WS 2008/09 in voller Auslastung. Die Aufnahmekapazität beläuft sich auf 60 Studierende pro Studienjahr.

Gegenwärtig studieren knapp 300 Personen im beruflichen Lehramt: zum WS 2014/15 wurden 70 Studienanfänger/-innen eingeschrieben, davon 35 in Agrarwirtschaft oder Ernährung und Hauswirtschaft sowie 35 in Metall- oder Elektrotechnik.

## Studienstruktur und Studienziele

Die Studienstruktur stellt eine vollständige Neukonzeption dar: Die BA- und MA-Studiengänge umfassen ein höchst komplexes sowie fächer- und hochschulübergreifendes Curriculum. Vernetzt werden Module und Fächer des Studiums in den beruflichen Fachrichtungen zum einen am Fachbereich 09 (Agrarwissenschaft, Ökotrophologie und Umweltmanagement) der JLU oder an den Fachbereichen Metall- und Elektrotechnik der THM; die Arbeits-, Berufs- und Wirtschaftspädagogik inkl. der Fachdidaktik, die schul- und betriebspraktischen Studien sowie die Grundwissenschaften sind am Fachbereich 03 (Kultur- und Sozialwissenschaften) der JLU angesiedelt; und zuletzt werden die Module des allgemeinbildenden Unterrichtsfachs verteilt über alle Fachbereiche der JLU angeboten.

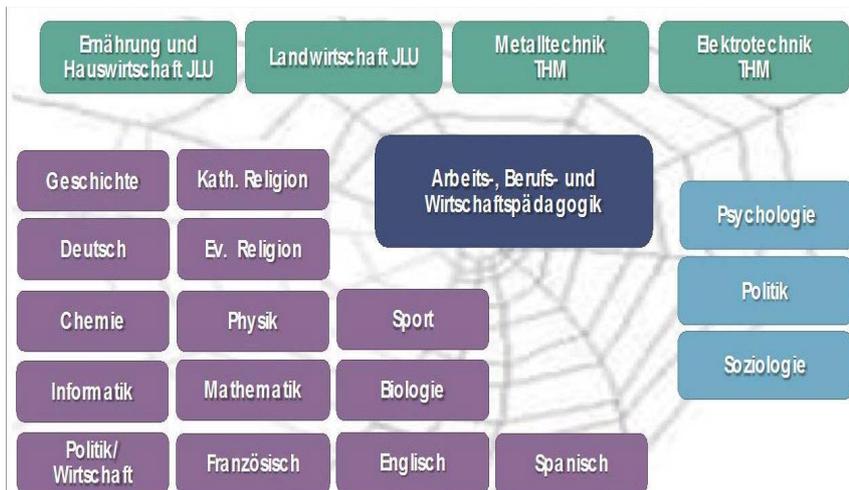
Fachrichtung	BA-Summe	MA-Summe
Metalltechnik	49	11
Elektrotechnik	27	4
Landwirtschaft	5	5
Hauswirtschaft und Nahrungsgewerbe	135	46
<b>Summe</b>	<b>216</b>	<b>66</b>

Studierendenzahlen in den BA/MA-Studiengängen „Berufliche und Betriebliche Bildung (BBB): Stand WS 2014/15

## Genese und Entwicklung

An der seit über 400 Jahre bestehenden JLU stellt die akademische Lehrerbildung über alle Lehrämter des allgemeinbildenden und beruflichen Schulwesens einen profilbildenden Kern

begonnenen intensiven Vorbereitungen und dem Aufbau eines Kooperationsmodells zwischen der JLU und der THM (ehemals FH Gießen-Friedberg) starteten die neuen konsekutiven Bachelor- und Masterstudiengänge zunächst mit den beruflichen Fachrichtungen



**Abb. 1: Fächerstrukturen und Vernetzung Studiengänge BBB -zwischen JLU Giessen und TH Mittelhessen**

Abb. 1 verdeutlicht die Komplexität und die Vernetzung der Studienstrukturen.

Ziel der gestuften Studiengänge ist es, den Studierenden fundierte fachliche und systematische Inhalte, pädagogische, methodisch-didaktische und berufsfeldspezifische Handlungskompetenzen sowie fachübergreifende und kommunikative Qualifikationen zu vermitteln. So wurde auf der Bachelor-Ebene ein primärqualifizierendes und generalistisches Curriculum mit interdisziplinärem Bezug zu den verschiedenen Fachrichtungen eingerichtet, während für Masterstudiengänge fachwissenschaftliche Spezialisierungen für spezifische Aufgaben der späteren Tätigkeitsfelder sinnvoll erscheinen. Diese Strategie der gleichzeitigen Generalisierung und Spezialisierung ermöglicht auch eine bessere Verschränkung von beruflicher und akademischer Ausbildung sowie die horizontale und vertikale Durchlässigkeit der Studienfelder.

Die Bachelor-Studiengänge (B.Ed.) im Umfang von 180 CP fördern anwendungsorientierte und wissensbasierte Kompetenzen für schulische und betriebliche Handlungsfelder, wobei das Studium der beruflichen Fachrichtung

im Umfang von 90 CP mit dem erfolgreichen Abschluss des Bachelor beendet wird. Eine Evaluation der Studienverläufe zeigt, dass die Bachelorstudierenden bis auf wenige Ausnahmen das berufliche Lehramt anstreben und in den Master (M.Ed.) im Umfang von 120 CP münden. Dieser weist ein forschungsorientiertes und lehramtsbezogenes Profil auf: Die Absolvent/-innen erweitern und vertiefen die erworbenen Kompetenzen in der Arbeits-, Berufs- und Wirtschaftspädagogik, in den Grundwissenschaften und im allgemeinbildenden Fach. Der Masterabschluss berechtigt sowohl für den Zugang zum Vorbereitungsdienst wie auch zur Promotion.

Aufgrund der spezifischen Bedeutung der Theorie-Praxis-Relation in den Studiengängen des beruflichen Lehramts wird den betriebs- und schulpraktischen Anteilen sowohl im Bachelor- als auch im Masterstudium ein hoher curricularer Stellenwert beigemessen. In der Praxis hat sich gezeigt, dass ca. 80% der BBB-Studierenden bereits über eine vollständige einschlägige Berufsausbildung verfügt, die auf die betriebspraktischen Anteile des Studiums angerechnet werden. (Vergleiche Abb. 2.)

## Studierende und Studienverläufe

Die Studierenden weisen ein sehr heterogenes Bild auf: unterschiedliche Studienvoraussetzungen an der JLU und THM, biografisch differenzierte Bildungsverläufe, das Nebeneinander der unterschiedlichen Fachkulturen in Natur- und Geisteswissenschaften sowie der gewerblich-technischen und personenbezogenen Fachrichtungen und die unterschiedlichen Studienmodelle für Regelstudierende und Quereinsteiger sind kennzeichnend für die Studiengänge BBB. Die Berufsbiografien der Studierenden sind stark von Brüchen, Umorientierungen und Neuanfängen geprägt, und die Schulabschlüsse und die beruflichen Vorerfahrungen weichen voneinander ab, sodass das verfügbare Vorwissen von sehr unterschiedlicher Qualität ist. Es existieren zudem Unterschiede in der Altersstruktur und somit auch sehr unterschiedliche soziale Ausgangslagen wie familiäre Verpflichtungen oder eine Berufstätigkeit zur Sicherung des Lebensunterhalts und der Studienfinanzierung. In der Gesamtperspektive ist der Typus „Normalstudierende/-r“ - 21 Jahre alt und von der Schule direkt oder mit kleinen Umwegen in die Universität - in den Studiengängen der beruflichen und betrieblichen Bildung eher nicht vorhanden. Diese Heterogenität der Studierenden und das komplexe fächerübergreifende Curriculum erfordern spezifische, individuell orientierte Beratungs- und Förderstrukturen, die den Studierenden in unterschiedlichen Formaten zur Verfügung gestellt werden.

Das Geschlechterverhältnis fällt insgesamt zugunsten von Frauen aus, ist jedoch in den jeweiligen Fachrichtungen durch traditionelle geschlechtsspezifische Fächerwahl geprägt. Während der Frauenanteil

### Master BBB (120 Credit Points)

Allgemeinbildendes Fach (66-57 CP) + 12 CP Schulpraktische Studien	Arbeits-, Berufs- und Wirtschaftspädagogik (17CP)	Grund- wissenschaften (18-9 CP)	Thesis (16 CP)
--	---	---------------------------------------	-------------------

### Bachelor BBB (180 Credit Points)

Berufliche Fachrichtung (90 CP)	Arbeits-, Berufs- und Wirtschaftspädagogik (18 CP)	Grund- wissenschaften (9-18 CP)	Allgemein- bildendes Fach (18-26 CP)	Thesis (12 CP)
	Schul- und Betriebspraktische Studien (24 CP)			

**Abb. 2: Studienstruktur/Studienverlaufsübersicht der Bachelor-/ Master-Studiengänge BBB**

der beruflichen Fachrichtungen Landwirtschaft oder Ernährung und Hauswirtschaft bei ca. 70% liegt, sind weibliche Studierende mit ca. 12% in den Fachrichtungen Metall- oder Elektrotechnik noch unterrepräsentiert - wobei ein wachsender weiblicher Anteil zu beobachten ist. Diese Tendenz der Hinwendung von Frauen zu technischen Fächern wird durch die curriculare Ausrichtung des Studienangebots und der geschlechtergerechten Didaktik und Pädagogik des Studiengangs BBB explizit unterstützt.

#### **Qualifikations- und Kompetenzziele sowie Professionalisierung**

Die Kompetenzentwicklung und die Professionalisierung des pädagogischen Personals werden durch die Befähigung charakterisiert, gesellschaftliche Transformationsprozesse und individuelle Entwicklungsstände in ihrer Relevanz für curriculare Fragen erfassen zu können, sie bildungswissenschaftlich zu reflektieren und mit Bezug zur Wissenschafts- und Berufsfeldorientierung angemessen legitimierte pädagogische Interventionen zu realisieren.

Diese Wissenschafts- und Praxisorientierung ist ein grundlegendes Leitbild der Studiengänge BBB wie auch die curriculare Orientierung an den Bildungsauftrag von (Berufs-)Schule sowie an den beruflichen und gesellschaftlichen Anforderungen. Ein weiteres Leitbild stellt eine an sehr heterogenen Unterrichts- und Fachkulturen orientierte „Pädagogik der Vielfalt“ dar: Um den pädagogischen Umgang mit den heterogenen Zielgruppen der beruflichen Bildung hinsichtlich Bildungsvoraussetzungen, unterschiedlicher sozialer und geschlechtlicher sowie regionaler und ethnischer Herkunft angemessen gestalten zu können, werden Studierende umfassend mit bildungswissenschaftlich-diagnostischen, curricular-gestaltenden, methodisch-didaktischen sowie mit ganzheitlichen als auch zielgruppen- und bildungsgangspezifischen Kompetenzen ausgestattet.

Einen besonderen Stellenwert haben spezifische Kompetenzen für den Theorie-Praxis-Transfer. Dieser weist in der beruflichen Lehramtsausbildung stets einen doppelten Bezug auf: die berufsbiografisch bereits erworbene berufliche Praxis sowie die wissen-

schaftlich reflektierte Praxis des pädagogischen Handelns in zukünftigen beruflichen Handlungsfeldern. Vor dem Hintergrund der Probleme des Übergangssystems und der demografisch bedingten zunehmenden Bedeutung von Weiterbildung und lebenslangem Lernen erhalten Lehramtsstudierende Kompetenzen, um regionale und bereichsübergreifende Vernetzungen über Schule, Jugendbildung, Weiterbildung und Hochschule zu initiieren und zu begleiten. Begünstigend für eine nachhaltige Implementierung inklusiver Curricula an der JLU ist zudem die Vernetzung des Studiums der beruflichen Bildung mit dem Studium des Faches Arbeitslehre für das Lehramt L 2 und L 5 an der Professur für Berufspädagogik und Arbeitslehre. So haben die für berufliche wie auch für allgemeinbildende Schulen bedeutsamen Fragen der Berufsorientierung, Berufswahl und Berufsvorbereitung am Übergang Schule – Beruf ebenfalls einen hohen curricularen Stellenwert.

Schließlich zielt das Lehramtsstudium darauf, Lehrer- und Lehrerinnenpersönlichkeiten zu fördern, die ihr eigenes Handeln, ihre Empathie, ihr berufliches Wissen und Können, ihre Unterrichtsgegenstände sowie die Lernprozesse ihrer Schüler und Schülerinnen fortwährend reflektieren. Dieser Grundsatz ist ein durchgängiges Leitprinzip des Curriculums „Berufliche und Betriebliche Bildung“ an der JLU Gießen.

*Marianne Friese*

*Prof. in Dr. phil. habil. ist seit 2005 Professorin für Erziehungswissenschaft mit den Schwerpunkten Berufspädagogik / Didaktik der Arbeitslehre an der Justus-Liebig-Universität in Gießen.*

# „... STELL' DIR VOR, DIE ZWEITE UND DRITTE LEHRERBILDUNGS- PHASE WIRD ABGESCHAFFT UND NIEMAND MERKT ES ...“

Das Programm „Qualitätsorientierte Lehrerbildung“ ist seit April 2013 verabschiedet. Es ist mit 500 Mill. EUR unterlegt und hat eine Laufzeit von 10 Jahren. Antragsberechtigt sind Hochschulen mit Lehrerbildung in staatl. Verantwortung, so in § 2 der Bund-Länder-Vereinbarung von April 2013 nachzulesen.

Ziele des Programms sind nachhaltige Verbesserungen vor allem in folgenden Handlungsfeldern (siehe § 1):

- a. Profilierung und Optimierung der Strukturen der Lehrerbildung an den Hochschulen
- b. Qualitätsverbesserung des Praxisbezugs in der Lehrerbildung
- c. Verbesserung der professionsbezogenen Beratung und Begleitung der Studierenden in der Lehrerbildung
- d. Fortentwicklung der Lehrerbildung in Bezug auf die Anforderungen der Heterogenität und Inklusion
- e. Fortentwicklung der Fachlichkeit, Didaktik und Bildungswissenschaften und
- f. Vergleichbarkeit sowie die gegenseitige Anerkennung von lehramtsbezogenen Studienleistungen und Lehramtsabschlüssen sowie der gleichberechtigte Zugang bzw. die gleichberechtigte Einstellung in Vorbereitungs- und Schuldienst zur Verbesserung der Mobilität von Lehramtsstudierenden und Lehrerinnen und Lehrern.

In § 3 ist zu lesen, dass auch (Verbund)Projekte gefördert werden können. Das heißt, verpflichtend ist das nicht. Diese sollen u.a.

- die Inhalte der Ausbildung stärker aufeinander abstimmen, um eine kohärente Lehrerausbildung über alle Phasen hinweg zu ermöglichen
- schulpraktische Elemente frühzeitig und zielgerichtet in fachdidaktische und bildungswissenschaftliche Studienelemente integrieren
- eine stärkere Verzahnung aller Phasen der Lehramtsausbildung (Lehramtsstudium, Vorbereitungsdienst, Lernen im Beruf) realisieren
- effizientere Strukturen der Lehreraus- und -weiterbildung in den Hochschulen so verankern, dass sie als profilbildendes Element der gesamten Hochschule wirken
- den Umgang mit Inklusion und Heterogenität in allen Phasen der Lehrerbildung verbessern.

## Folgerungen

Wie die zweite Phase der Lehrerbildung von dem Programm partizipieren soll ist völlig ungeklärt – sie verkommt unter diesen Prämissen schier zur Bedeutungslosigkeit. Eine systematische Zusammenarbeit der Unis mit den Studienseminaren ist bisher nicht erkennbar. Dafür zuständig in Hessen ist das Ministerium für Wissenschaft und Kunst.

Zu erfahren war, dass bereits einige Treffen zwischen Uni-

Präsidenten, z.B. von Frankfurt und Gießen, stattgefunden haben. Dazu ist nach meinem Erkenntnisstand jedoch noch nichts veröffentlicht worden. Das Landesschulamts ist noch nicht einmal eingebunden worden, auch nicht der im Hessischen Kultusministerium Zuständige.

Die Mittelzuweisung soll nach der Anzahl der Lehramtsstudierenden erfolgen. Dies bedeutet, dass die Unis in Gießen und Kassel die meisten Mittel für sich in Anspruch nehmen könnten, die TU Darmstadt sich demgegenüber außerordentlich bescheiden müsste. Von Gleichheit der Chancen in der Lehrerbildung kann unter diesen Umständen nicht gesprochen werden.

Einige Universitäten versuchen nun, separate Kooperationsvereinbarungen mit den Studienseminaren abzuschließen. Dies ist meiner Ansicht nach ein höchst problematisches Verfahren, weil so eine einheitliche Strategie der Seminare konterkariert wird.

Sollte das Programm mit diesem Budget weiter so umgesetzt werden, dann werden mittelfristig die zweite und die dritte Lehrerbildungsphase überflüssig werden bzw. im universitären Geschehen aufgehen. Die Universitäten, die derzeit nur für die erste Lehrerbildungsphase zuständig sind, werden zukünftig ca. 1 bis 2 Mill. EUR/pro Jahr/Uni vom Bund zur Verfügung gestellt bekommen und damit problemlos in die Lage versetzt werden, 10 bis 20 Stellen zu finanzieren, die u.a. die Fort- und Weiterbildung z.B. in den Semesterferien bewirtschaften könnten. Ebenso wäre es dann möglich, die Praxisanteile in die

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Hessen  
Zimmerweg 12 • 60325 Frankfurt • Tel.: 069 / 97 12 930 •  
Fax : 069 / 97 12 93 93

Landesfachgruppe Berufliche Schulen -Vorsitzendenteam -

### Layout:

**Matthias Hohmann**

Email: [m.hohmann@gmx.net](mailto:m.hohmann@gmx.net)

### Redaktion:

**Dieter Staudt**

Messeler Straße 3 •  
64390 Erzhausen •  
Tel. : 06150 / 75 69 •

Email: [dstaudt@t-online.de](mailto:dstaudt@t-online.de)

**Ralf Becker**

Tel.: 06142 / 838880

Email: [r.becker.gew@gmx.de](mailto:r.becker.gew@gmx.de)

**Auflage: 4600**

### Druckerei:

Druckkollektiv GmbH  
Gießen, Am Bergwerkswald

Das Urheberrecht für veröffentlichte Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegen genommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

erste Ausbildungsphase hineinzu- arbeiten und damit die bisherigen Tätigkeiten der Studienseminare weitestgehend überflüssig zu machen. Die „Praxisphase“ würde ja dann von Pädagogen übernommen werden, die von den Universitäten finanziert werden. Somit käme Deutschland der einphasigen Lehrerbildung deutlich näher, wie dies bereits in den meisten EU-Ländern Realität ist.

Für die Beruflichen Schulen wäre diese neue Entwicklung besonders bitter, weil den spezifischen Bedürfnissen der einzelnen Fachbereiche und Fachgebiete kaum Rechnung getragen werden kann und die regionalen Kontakte zu den Firmen kaum eine Rolle spielen werden – dann wird vermutlich die Fort- und Weiterbildung der Berufspädagog/innen - auch in Anbetracht der Haushaltslage des HKM - noch weiter heruntergefahren.

Es ist dringend geboten, dass sich die Gewerkschaft in den laufenden Prozess einbringt um sicherzustellen, dass die Interessen der Berufsschullehrerbildung mit ihren Spezifika in der notwendigen Weise berücksichtigt werden. Dazu gehört aus meiner Sicht die Einbindung des BIBB (Bundesinstitut für Berufsbildung). Diese würde gewährleisten, dass im Fall der Berufsbildung bundeseinheitlich vorgegangen werden kann und dadurch der Berufsbildung ein stärkeres Gewicht verliehen würde – unter Aufrechterhaltung der Ländereinheit.

*Aaron Löwenbein*

**Die Bund-Länder-Vereinbarung über ein gemeinsames Programm „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ vom 12. April 2013 kann digital bei der Redaktion angefordert werden.**

## Preisfrage

Das Bild zeigt die Produktion von Fahrrädern in einem deutschen Unternehmen, das auch heute noch – allerdings unter US-Flagge - existiert.

Wie ist der Name des Unternehmens und aus welchem Jahr stammt diese Aufnahme?

Der Gewinnerpreis ist eine Überraschung!



# MAHNUNG AN DEN UNTERNEHMER

Am 31. Mai 1900 sprach der gelernte Drechsler und sozialistische Mitgründer der SPD im Berliner Gewerkschaftshaus über die Gewerkschaftsbewegung und Politische Parteien. Dort trat er einem verbreiteten Irrtum entgegen, er habe unpolitischen Gewerkschaften das Wort geredet oder eine Art Neutralität befürwortet, die dasselbe besagt.

Dazu erklärte er ziemlich unmissverständlich: „Das ist mir nicht eingefallen und konnte mir nicht einfallen. Eine unpolitische Gewerkschaft wäre gegenüber dem, was die Arbeiter durch eine solche Organisation erreichen sollen, ein Messer ohne Heft und Klinge, keine Waffe im Klassenkampf, die dem Unternehmertum imponiert, sondern ein Spielzeug, über das es lächelt.“

Doch ging es ihm in seinem Vortrag auf der Versammlung von Druckern nicht in erster Linie darum, den durchaus notwendigen politischen Charakter von Gewerkschaften darzustellen. Vielmehr wollte er die Beschäftigten - er sprach für damals zeitgemäß

ausschließlich von Arbeitern und schrieb auch sonst in einer etwas anderen Sprache und deutschen

jeden Arbeiter. (...) Die Aufgaben und Zwecke der Gewerkschaft werden um so gründlicher erstrebt, je stärker dieselbe ist, das heißt je mehr Arbeitsgenossen aus dem gleichen Arbeitszweig ihr angehören, je geschickter ihre Leitung ist, je gefüllter ihre Kassen sind. (...) Die bloße Existenz der Gewerkschaft ist eine Mahnung an den Unternehmer, die Saiten nicht zu straff zu spannen.“

„I fear the day that technology will surpass our human interaction. The world will have a generation of idiots.“  
(Albert Einstein)

Rechtschreibung als heute - davon überzeugen, warum sie sich gewerkschaftlich organisieren und zusammenschließen sollten. „Denn der einzelne Arbeiter ist dem Unternehmer gegenüber machtlos. Jeder Versuch, auf eigene Faust seine Lage zu verbessern, endet in der Regel mit seiner Niederlage und nicht selten mit der Entlassung aus der Arbeit, wenn er es nicht vorzieht, sich zu fügen. Die einzige Möglichkeit, seine Arbeits- und damit seine Lebensbedingungen auf einige Dauer zu verbessern und andererseits auch einer Verschlechterung derselben Widerstand zu leisten, ist die Vereinigung mit Seinesgleichen, mit seinen Gewerksgenossen [heute: Beschäftigte derselben Branche]. Deshalb ist der Beitritt zu einer Gewerkschaft eine Lebensnotwendigkeit für

**August Bebel (1840-1913)**

*(Gelten diese historischen Worte nicht auch für die heutige Zeit und auch für die Beschäftigten im Bereich Bildung und Erziehung? DS)*

**Mangelware sozialer Schutz**

**I**lo-Bericht 2014 – Für mehr als 70 Prozent der Weltbevölkerung gibt es keinen angemessenen sozialen Schutz. Dies geht aus dem neuen „ILO-Weltbericht zur sozialen Sicherung 2014/15 – Schlüssel zu wirtschaftlicher Erholung, inklusiver Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit“ hervor.

